



## Teil II: Teilvorhaben

### 1. Experten-Delphi StadtRegion Stuttgart 2030



Das Verbundprojekt StadtRegion Stuttgart 2030 hat sich auf vier Teilvorhaben als Grundlage für die Formulierung von Leitlinien zukünftiger Entwicklung verständigt. Diese Teilvorhaben wurden von den Projektpartnern in eigener Verantwortung durchgeführt.

Das Teilvorhaben der KE hat als Schwerpunkt ein mehrstufiges Experten-Delphi. Delphi-Befragungen sind schriftlich strukturierte Expertenbefragungen, bei denen Fachwissen zur Ermittlung einer zukünftigen Entwicklung genutzt wird. Sie eignen sich insbesondere zu Erkundung von Sachverhalten mit einem hohen Unbestimmtheitsgrad.



## 1 Experten-Delphi Stadt-Region Stuttgart 2030

*Peter Mauch, Richard Reschl,  
Kommunalentwicklung LEG  
Baden-Württemberg GmbH*

### 1.1 Einleitung

Zum ersten Mal in der Geschichte werden im 21. Jahrhundert Menschen vor allem in Städten leben. Nach Prognosen der Vereinten Nationen wächst die städtische Bevölkerung weltweit um 60 Millionen Menschen pro Jahr. Autoren sprechen in diesem Zusammenhang vom „urbanen Jahrhundert“ (Hall/Pfeiffer 2000).

Global betrachtet, sind vor allem die Städte in der sogenannten Dritten Welt mit fast unlösbaren Problemen konfrontiert: Ihre Bevölkerung wächst rasant und die Städte, die schon längst Agglomerationen sind, fressen sich in die Landschaft, sie sind Orte der Armut und Kriminalität, die Umweltprobleme nehmen drastisch zu.

Gemessen daran erscheinen die Probleme europäischer oder deutscher Städte marginal.

Aber auch vor ihnen stehen große Herausforderungen. Von ihnen wird erwartet, dass sie – als die Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht – auf den wirtschaftlichen Wandel reagieren, mit der zunehmenden Differenzierung der Lebensstile ihrer Einwohner umgehen, unterschiedliche Ethnien respektieren, Nachhaltigkeit in die bauliche Entwicklung einbringen, demographische Komponenten erkennen und soziale Segregation – die räumliche Trennung von Armen und Reichen, Kulturen und Ethnien – möglichst gering halten.

Unverkennbar ist, dass soziale Zerklüftungen und auch Spannungen zwischen sozialen Gruppen zunehmen. Die dritte Generation der (Arbeits-) Migranten beherrscht die deutsche Sprache weniger gut als die Generation ihrer Väter. Die Chancen zur Integration steigen dadurch nicht.

Dahinter stehen ungelöste Fragen einer multiethnischen Gesellschaft, die sich vielfach nach wie vor sperrt, soziale und bildungspolitische Konsequenzen zu ziehen. Der Graben zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft scheint zu

wachsen, genauso wie der zwischen den Generationen. Auch bei uns gilt es, den demographischen Wandel, strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft und ökologische Erfordernisse in Einklang zu bringen. Knappe Finanzen engen den Handlungsspielraum zusätzlich ein.

In allen Kommunen unserer Republik vollzieht sich ein Wandel in der Bevölkerungsstruktur, der durch negative Salden in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet ist. Wachstum speist sich alleine aus Wanderungen. Noch gravierender als der Prozess der Schrumpfung ist allerdings die zunehmende Alterung der Bevölkerung.

Wenn diese Beschreibungen für die heutige Gesellschaft und Städte und Gemeinden zutrifft, ist die Frage der weiteren Entwicklung umso spannender. Werden sich die aufgezeigten Tendenzen verstärken, oder gelingt es der reichen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, sich einen souveränen Umgang mit den damit zwangsläufig verbundenen Problemen zu erarbeiten?

Diese Fragen haben uns zu Beginn des Forschungsvorhabens umgetrieben. Wir haben uns gefragt, mit welchen Entwicklungen wir in Zukunft zu rechnen haben und natürlich auch, welche Entwicklungen in den drei zentralen Forschungsfeldern der Migration, der demographischen Alterung und der Segregation in jedem Falle auch vermieden bzw. entgegen getreten werden sollten.

#### ■ *Unterschiedliche Auffassungen in der Fachöffentlichkeit*

Für alle Forschungsbereiche liegen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, wissenschaftliche Arbeiten, Praxisberichte und literarische Veröffentlichungen vor: Zu den mit am intensivsten erforschten Gruppen gehören die Migranten: „Von den Wanderungsmotiven bis zu Freizeitinteressen, von Arbeitszufriedenheit bis zu sozialen Kontakten, von religiöser Bindung bis zu Wohnsituation, Einkommen, Bildungsverhalten“ (Beck-Gernsheim 2003) liegen differenzierte Erkenntnisse vor.

Für den Themenbereich Migration haben Großstädte einen besonderen Stellenwert, leben doch 80 Prozent der Ausländer in Deutschland in Großstädten: „Ob ihre Integration gelingt, wird sich also in den Großstädten entscheiden“ (Luft 2003).

Allerdings wird durch die Lektüre auch deutlich, dass die Einschätzungen zum Teil divergieren, ja sogar äußerst kontrovers sind.

Eine besondere Problematik erhalten fast alle Fragebereiche durch ihre Aktualität und ihre Nähe zur politischen Auseinandersetzung. Besonders deutlich wird dies bei den Themen Migration und Segregation. Krämer-Badoni (in: Difu 2001) formuliert ironisch und zutreffend, dass sich die Wissenschaft – und auch die Wissenschaftler – in diesen Themenfeldern auf vermintem Gelände bewegt. Verbunden sind mit allen Fragestellungen auch Probleme der „political correctness“.

Zu beobachten ist auch, dass die Forschungsergebnisse von der Politik nur bedingt zur Kenntnis genommen werden. Das hat mehrere Ursachen. Dazu gehört beispielsweise die Ausrichtung kommunaler und regionaler Politik an kurzen Wahlperioden und aktuell drängenden Problemen; Vorbehalte gegenüber Themen, die scheinbar erst in einer fernen Zukunft virulent werden, sind unübersehbar.

Eine weitere Begründung liegt in der Forschungslandschaft selbst: Neue Themen sind interessante Themen. Die Nahtstelle zwischen Forschung und Implementierung, zum Beispiel gegenüber kommunaler Politik, gehören offenbar nur bedingt dazu.

Ein weiterer Sachverhalt ist evident: In Zeiten des Umbruchs und des Strukturwandels – der häufig zitierte Prozess der Globalisierung und die sich daraus ergebenden stadtbezogenen Konsequenzen sind in der aktuellen Debatte Beispiele für strittige Stichworte – neigen auch Wissenschaft und Politik zur pointierten Darstellung, gelegentlich auch zur sprachlichen Dramatisierung. Ein Grund mehr, Expertinnen und Experten danach zu fragen, welche Positionen sie denn nun tatsächlich einnehmen.

## 1.2 Experten-Delphi im Forschungsvorhaben StadtRegion Stuttgart 2030

### ■ *Delphi-Ansatz im Verhältnis zu den Forschungsansätzen der Verbund-Partner*

Das Teilvorhaben der Kommunalentwicklung LEG Baden-Württemberg GmbH hat als Schwerpunkt ein mehrstufiges Experten-Delphi (vgl. Abb.10). Das Forschungsvorhaben wurde in

einem engen Zeitraum von 20 Monaten zwischen September 2001 und April 2003 erarbeitet.

Delphi-Befragungen sind schriftlich strukturierte Expertenbefragungen, bei denen Fachwissen zur Ermittlung einer zukünftigen Entwicklung genutzt wird. Sie eignen sich insbesondere zur Erkundung von Sachverhalten mit einem hohen Unbestimmtheitsgrad.

Die Fragestellung der Entwicklung von Städten und Regionen in den nächsten 30 Jahren ist ein solcher Sachverhalt.

Der Einsatz der Delphi-Methode im Bereich der empirischen Stadtforschung stellt in Verbindung mit dem definierten Bezugsjahr 2030, das – mit Ausnahme demographischer Prognosen – jenseits eines errechenbaren Zeithorizonts liegt, einen neuen Forschungsansatz dar. Darüber hinaus hat uns auch die mehr methodisch orientierte Frage beschäftigt, ob der Einsatz der Delphi-Methode ein probater Ansatz für Stadtentwicklungsplanungen generell darstellen könnte.

Kennzeichen von Delphi-Befragungen ist es, dass die Befragung in mehreren Wellen wiederholt wird und dass Teilergebnisse jeder Befragung in die nächste Welle einbezogen und bewertet werden.

Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden zwei Befragungen durchgeführt: ein sogenanntes Experten-Delphi und ein sogenanntes Politik-Delphi.

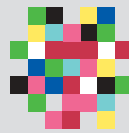
Die Ergebnisse der Befragungen beschreiben im wesentlichen ein – für die Befragten für wahrscheinlich gehaltenes – „Erwartungsszenario“ für das Jahr 2030. Der Blick richtet sich aus der Gegenwart 30 Jahre in die Zukunft.

Das Erwartungsszenario ist eine der Grundlagen für das Leitbild, das von den Forschungspartnern für die StadtRegion Stuttgart formuliert wurde.

### 1.2.1 Was wurde gefragt?

Das Experten-Delphi umfasst acht Themenbereiche (vgl. Abb. 7).

Einleitend werden Einschätzungen zur Basishypothese „Wirtschaftliche Prosperität“ abgefragt. Im Anschluss werden Fragen zu den Trends „Demographische Alterung“, „Migration“ und „Segregation“ und zu den Handlungsfeldern „Integration“, „Partizipation“ und „Institutionelle Erneuerung“ gestellt.



Abschließend werden – in Form eines semantischen Differenzials – Szenarien zur StadtRegion Stuttgart im Jahr 2030 erfragt.

Die Mehrzahl der Fragen beziehen sich auf Einschätzungen der Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Daneben enthält der Erhebungsbogen allgemeine Fragen zur StadtRegion Stuttgart, die in der Regel auch von Expertinnen und Experten mit geringerer Kenntnis der Region beantwortet werden können.

Abgefragt werden Einschätzungen zur Ist-Situation, zur Entwicklung bis zum Jahr 2030 und zur Situation im Jahr 2030.

Der Delphi-Befragung wurde eine sogenannte 0-Runde vorangestellt. Ziel der 0-Runde war es, die Befragung inhaltlich vorzubereiten. Dazu wurden mit einer Expertengruppe standardisierte, mündliche Interviews durchgeführt.

Die Gruppe setzte sich aus Repräsentanten der Projektlenkungsgruppe und aus externen Fachleuten aus Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Kirchen zusammen.

Die Expertinnen und Experten wurden gebeten, themenbezogen

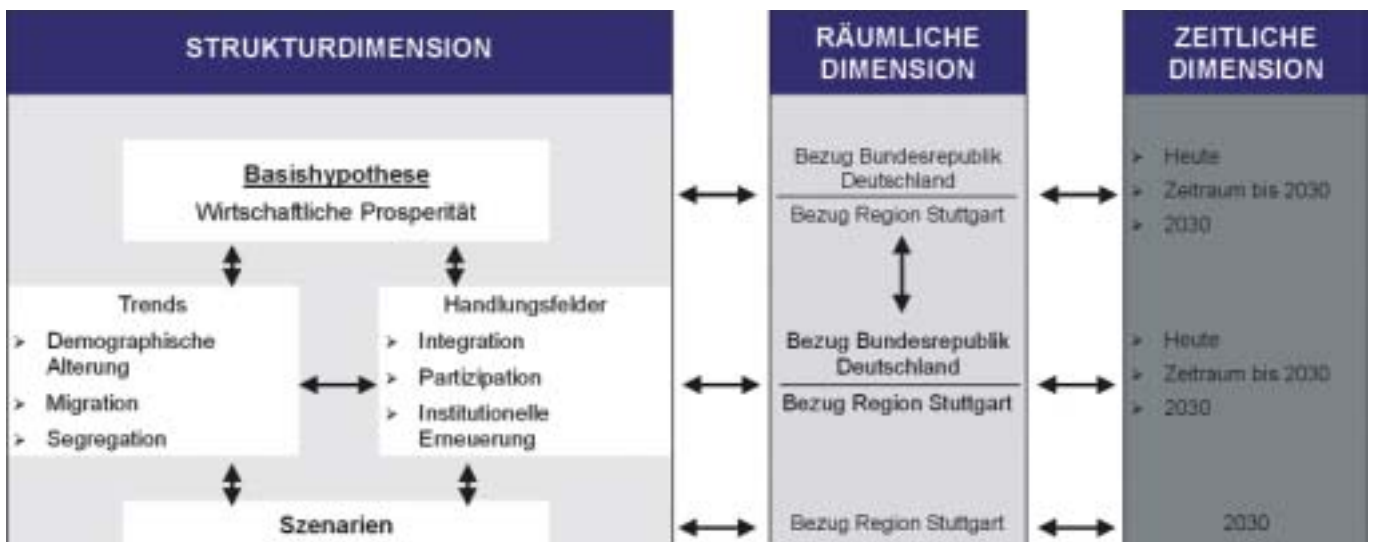
- die zu erfragenden Trends und Handlungsfelder begrifflich zu definieren (z.B. „Systemische Integration“);
- Messdimensionen und Parameter anzugeben, die untersucht werden sollen (z.B. „Anzahl der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in öffentlichen Verwaltungen“);

- Thesen zu den Messdimensionen zu formulieren (z.B. „Die interkulturelle Kompetenz der Verwaltung hat großen Einfluss auf die Integrationsleistung“)
- ihre Thesen zu erläutern (z.B. „Die öffentliche Verwaltung muss erkennen, dass die interkulturelle Kompetenz eine grundlegende Voraussetzung für einen adäquaten Umgang mit der Migrantenbevölkerung und einer immer globaler werdenden Wirtschaft ist“)
- Literatur und Persönlichkeiten für die Delphi-Befragung zu benennen.

Die Fragebogen wurde mit technischer Beratung durch das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim entwickelt.

Der Prozess zur Formulierung der Fragen erfolgt in mehreren Stufen und ist aufwendig. Grundlagen dafür waren eine systematische Auswertung der Fachliteratur zu den einzelnen Themenbereichen und die Auswertung des teilstandardisierten Erhebungsbogens der 0-Runde. Daraus ergaben sich in einer ersten Stufe 350 Variablen. Diese wurden strukturiert und zu kohärenten Fragestellungen aggregiert. So konnten in diesem zweiten Arbeitsschritt die Variablen auf 75 reduziert werden. In einem dritten Arbeitsschritt wurden daraus 65 Fragen formuliert. Es wurden nur wenige offene Fragen aufgenommen. Die Antwortkategorien waren in der Regel vorgegeben; jede Antwort konnte kommentiert werden.

ABB. 7:  
DIMENSIONEN DER  
BEFRAGUNG



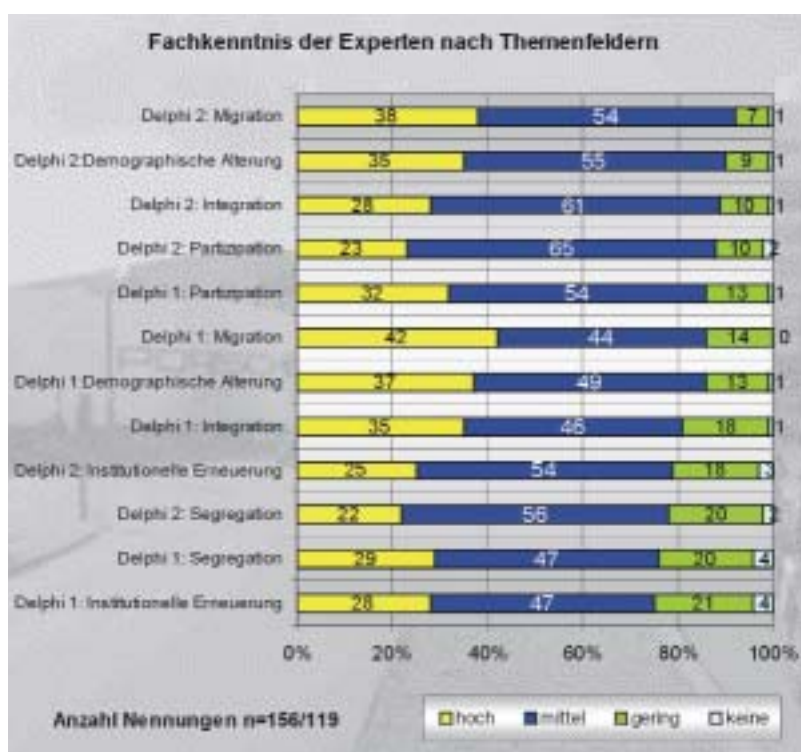


ABB. 8:  
FACHKENNTNIS DER  
BEFRAGTEN EXPERTINNEN  
UND EXPERTEN

### 1.2.2 Wer wurde befragt?

Besonderes Augenmerk galt der Auswahl der zu befragenden Expertinnen und Experten. Es wurde Wert darauf gelegt, eine – bezogen auf die Themenfelder – gleichmäßige Verteilung zu erhalten.

Das Panel der Expertinnen und Experten deckt die folgenden Bereiche ab:

- Hochschule und Wissenschaft
- Wirtschaft und Verbände
- Kirchen und kirchennahe Institutionen
- Öffentliche Verwaltung und kommunale und regionale Verbände
- Fach- und Zukunftskommissionen.

Das Expertenpanel umfasst keine politischen Mandatsträger. Diese wurden in einem gesonderten Experten-Delphi Politik befragt.

Insgesamt wurden im Experten-Delphi bundesweit 306 Expertinnen und Experten um ihre Meinungen und Einschätzungen gebeten.

### 1.2.3 Rücklauf und Auswertung

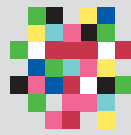
#### ■ Rücklauf

Der Umfang des Panel ergibt sich aus zwei Sachverhalten: Zum einen aus der Einschätzung über die Anzahl der Expertinnen und Experten, die potenziell überhaupt zur Verfügung stehen. Zum Zweiten aus einer methodischen Erkenntnis. Erfahrungen zeigen, dass von einer Panelmortalität von 50 Prozent pro Befragungsrunde ausgegangen werden kann. Darüber hinaus ist bekannt, dass die Varianz der Ergebnisse ab einer Größe von ca. 50 Befragten gering ausgeprägt ist (Häder 2000). Schon aus diesen methodischen Hinweisen wäre es also sinnvoll gewesen, eine Panelgröße von 200 Befragten anzustreben. Im Rahmen unserer Delphi-Befragung wurden 306 Expertinnen und Experten identifiziert und um ihre Einschätzungen gebeten.

Im Rahmen der beiden Befragungsrunden waren folgende Rücklaufquoten zu verzeichnen:

#### Runde 1:

Ende Mai 2002 wurden 306 Fragebogen versandt; 156 Bogen kamen zurück; die Rücklaufquote beträgt 51 Prozent.



Runde 2:  
Anfang August wurden 148 Fragebogen versandt; 119 Bogen kamen zurück; die Rücklaufquote beträgt 80 Prozent.

Bezogen auf die Gesamtzahl der befragten Expertinnen und Experten lag die Gesamtrücklaufquote bei 39 Prozent und damit deutlich über den Erwartungen und den Erfahrungen, die bei anderen vergleichbaren Erhebungen gemacht wurden.

### ■ *Fachkompetenz*

Einen Hinweis darauf, ob man die tatsächlich sach- und fachkundigen Personen einbezogen hat, ergibt sich aus der Einschätzung der Fachkenntnis in den einzelnen Themenbereichen.

Die Expertinnen und Experten schätzten ihre Fachkenntnis in den jeweiligen Themenfeldern in beiden Fragerunden anhand der Antwortkategorien – hoch – mittel – gering – keine – selbst ein (vgl. Abb. 8).

Die Auswertung zeigt, dass die Fachkenntnis insgesamt als hoch eingeschätzt wird. Dies ist ein wichtiges Indiz für die Qualität des Experten-Panel und für die Aussagekraft der Ergebnisse. Der Vergleich der beiden Delphi-Runden zeigt in Bezug auf die Selbsteinschätzung folgendes Ergebnis:

Die Addition der Antwortkategorien „hoch“ und „mittel“ über alle Themenfelder ergibt bei der

Delphi-Befragung 1 einen Mittelwert von 81,7 Prozent, bei der zweiten von 86,0 Prozent.

Die von den Expertinnen und Experten Fachkenntnis war bei der zweiten Fragerunde insgesamt etwas höher als bei der ersten. Wenn unterstellt wird, dass die individuelle Selbsteinschätzung der Expertinnen und Experten zwischen den Befragungsrunden nicht variiert, bedeutet dies, dass an der 2. Delphi-Runde der Anteil der Expertinnen und Experten mit größerer Fachkenntnis höher war.

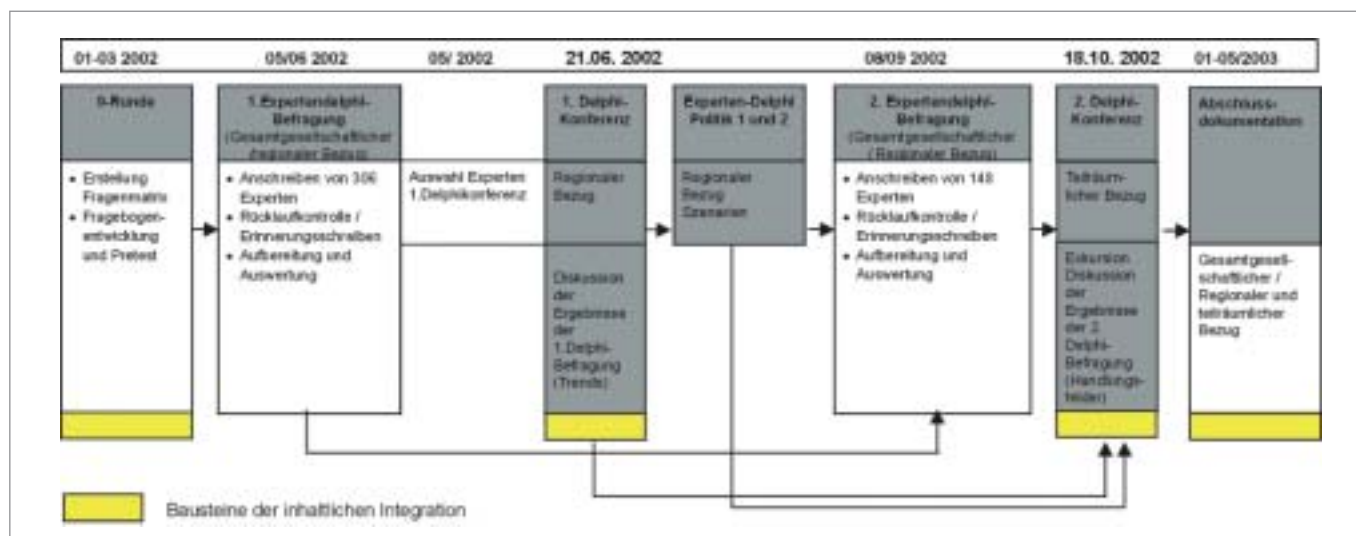
Mit insgesamt 92 Prozent der Angaben „hohe“ oder „mittlere“ Fachkenntnis wurde die Fachkenntnis im Themenfeld Migration (Delphi 2) am höchsten, im Themenfeld Institutionelle Erneuerung (Delphi 1) mit 75 Prozent am geringsten eingeschätzt.

### ■ *Antwortverhalten*

Eine Besonderheit der Delphi-Methode besteht darin, dass die Befragung in mehreren Wellen oder Befragungsrunden durchgeführt wird. Die Expertinnen und Experten werden mit den Gruppenergebnissen der vorangehenden Befragungsrunden konfrontiert. Damit sind die Expertinnen und Experten dem Spannungsfeld zwischen Konsens und Gruppenzwang auf der einen Seite und der individuellen Einschätzung entsprechend der ersten Befragungswelle ausgesetzt.

ABB. 9:  
BEURTEILUNGSSCHLÜSSEL  
ZUM ANTWORTVERHALTEN  
EXPERTEN-DELPHI





Prinzipiell kann dies bei qualitativen Abfragen

- zu einer Konvergenz der Antworten führen. (vgl. Abb. 9) Die Expertinnen und Experten „einigen“ sich auf eine bestimmte Antwort und Einschätzung, prozentual erhöht sich die Zustimmung zur am häufigsten genannten Antwortkategorie;
- einer Divergenz der Antworten führen. Die Expertinnen und Experten „einigen“ sich nicht auf eine bestimmte Antwort und Einschätzung; prozentual sinkt die Zustimmung zur am häufigsten genannten Antwortkategorie;
- zu einem indifferenten Antwortverhalten führen; die Expertinnen und Experten lassen sich nicht wesentlich vom Gruppenergebnis beeinflussen und behalten im Mittel die individuelle Einschätzung bei.

In den nachfolgenden Ergebnisgrafiken ist das Antwortverhalten der Expertinnen und Experten entsprechend den Schlüsseln in Abb. 9 dargestellt. Die Auswertung ergab folgende Ergebnisse:

- Eine Antwortdivergenz entsprechend der genannten Parameter ist im Rahmen des Delphi nicht zu beobachten;
- Im Rahmen der 2. Delphi-Runde kam es zu einer signifikanten Antwortkonvergenz.

Eine Zunahme der häufigsten Antwortkategorie in der zweiten Runde um mehr als 10 Prozent trifft auf 18 Fragen (entspricht 42 Prozent; bezogen auf die Gesamtzahl der insgesamt 43 bewertbaren Fragen) zu. Bei 16 Fragen (entspricht 37 Pro-

zent) trat eine leichte Antwortkonvergenz ein. In diesem Fall wurde die häufigste Antwortkategorie in der zweiten Runde um 5 bis 10 Prozent häufiger von den Expertinnen und Experten angekreuzt. Schließlich kam es bei 9 Fragen (entspricht 21 Prozent) zu einer Abweichung von höchstens 5 Prozent, also zu einem indifferenten Antwortverhalten.

#### 1.2.4 Besonderheiten des Stuttgarter Delphi-Verfahrens

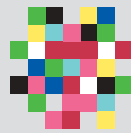
##### ■ Koppelung mit Politik-Delphi

Parallel zum Experten-Delphi erfolgte die Befragung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Stuttgart und der Regionalversammlung des Verbandes Region Stuttgart (vgl. Abb. 8). Erkenntnisleitendes Interesse war bei diesem parallelen Vorgehen die Frage, ob es zwischen den Einschätzungen der Fachöffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger Unterschiede gibt.

##### ■ Delphi-Konferenzen

Eine weitere Besonderheit des Stuttgarter Delphi-Verfahrens liegt darin, dass zwischen die beiden schriftlichen Delphi-Befragungsrunden jeweils sogenannte Delphi-Konferenzen geschaltet wurden. Diese dienen der Diskussion der Ergebnisse der Delphi-Befragungen und Übertragung der Ergebnisse auf die regionale und teilräumliche Ebene. Zu den Delphi-Konferenzen wurden gesondert 20 regionale Expertinnen und Experten eingeladen.

ABB. 10:  
ABLAUF EXPERTEN-DELPHI



### 1.3 Trends und Handlungsfelder – Ausgewählte Ergebnisse der Befragung

Die nachfolgenden Thesen sind Aussagen der Delphi-Befragung, die von der Mehrzahl der Befragten geteilt werden. Diese beschreiben ein „Experten-Erwartungsszenario“ für das Jahr 2030.

#### 1.3.1 Basishypothese wirtschaftliche Prosperität

Von eminenter Bedeutung ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Hervorzuheben ist, dass die befragten Expertinnen und Experten für die Wirtschaft der StadtRegion Stuttgart in den kommenden 30 Jahren eine positive Entwicklung erwarten (vgl. Abb. 11).

Die Befragten gehen davon aus, dass die StadtRegion Stuttgart in ihrer wirtschaftlichen Prosperität Rang drei einnimmt, hinter den Regionen München und Frankfurt. Im großen und ganzen wird damit das bestehende Ranking der Metropolregionen auch für die Zukunft angenommen.

Auch in einem weiteren Sachverhalt sind sich die Befragten Expertinnen und Experten weitgehend einig: Sie erwarten eine Verschärfung der wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Regionen.

Innerhalb der StadtRegion Stuttgart wird die Suburbanisierung weiter fortschreiten, was – im Verhältnis zum Umland – zu einer funktionalen Schwächung der Kernstädte führt.

#### 1.3.2 Trends

##### ■ *Demographische Alterung*

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer dramatischen Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Ohne verstärkte Zuwanderung sinkt die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030. Einer steigenden Zahl älterer Menschen über 60 Jahren stehen immer weniger Kinder und Jugendliche gegenüber.

Prognosen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg gehen davon aus, dass in Baden-Württemberg die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2050 um 10 bis 16 Prozent sinkt. Daneben wird erwartet, dass der Anteil der unter 20jährigen an der Gesamtbevölkerung von derzeit rund 22 Prozent bis zum Jahr 2050 auf etwa 16 Prozent sinkt. Der Anteil pflegebedürftiger Menschen wird sich nahezu verdoppeln.

Dies hat massive Auswirkungen auf die kommunale Infrastruktur, die sozialen Sicherungssysteme und das Zusammenleben der Generationen generell und in der StadtRegion Stuttgart.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung hat auch einen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen zur Folge. Unsere kollektiven Sicherungssysteme – voran der Generationenvertrag der Rentenversicherung – sind in Frage gestellt. Auch die wirtschaftliche Prosperität wird durch die demographische Entwicklung wesentlich beeinflusst. Widersprüchlich wird bisher durch Forschungen die Frage beantwortet, wie sich die demographische Alterung auf die Innovationsfähigkeit der

ABB. 11:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGE 2



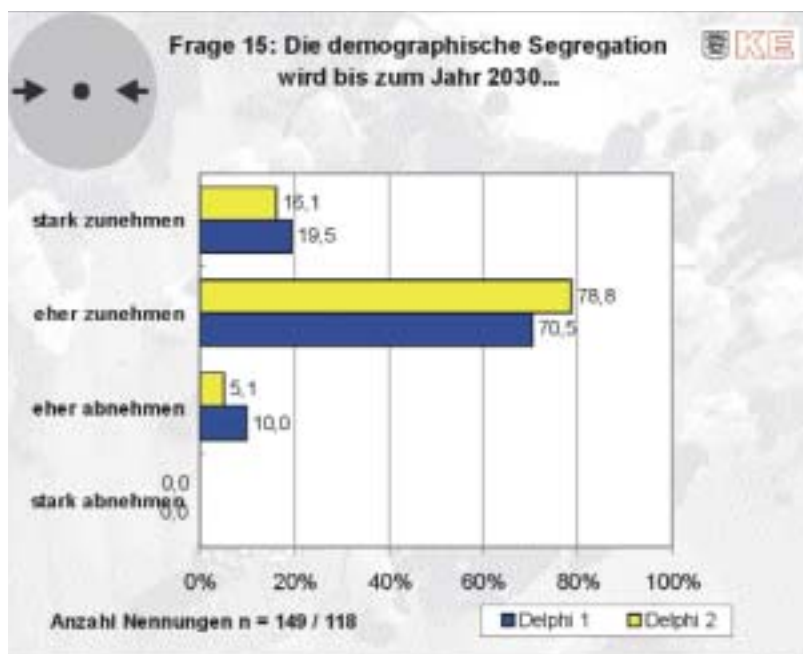


ABB. 12:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGE 15

Wirtschaft auswirkt. Erst allmählich treten diese Problemstellungen in das öffentliche Bewusstsein.

Im Rahmen des Experten-Delphi wird deutlich: Die befragten Expertinnen und Experten gehen bei der demographischen Alterung von wachsenden sozialen Segregationserscheinungen aus (vgl. Abb. 12). Erwartet wird eine verstärkte Altersarmut, die sich – eingeschränkt – auch räumlich in entsprechend geprägten Stadtquartieren widerspiegelt.

Die Einflussmöglichkeiten auf die Geburtenrate, wie z.B. durch die finanzielle Förderung der Familien, den Ausbau von Kindergärten u.ä. werden als eher gering eingestuft.

Der Trend des Rückgangs der Erwerbstätigenzahlen kann nach Expertenmeinung vor allem durch die Zuwanderung von Arbeitskräften abgemildert werden. Der verstärkten Technologieorientierung, einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote oder der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird in diesem Zusammenhang eine geringere Bedeutung bescheinigt.

Die kommunale Infrastruktur steht vor großen Veränderungen: Der Ausbau der Pflegeinfrastruktur und des Gesundheitswesens haben höchste Priorität, gefolgt vom Ausbau von Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen und öffentlichem Personennahverkehr.

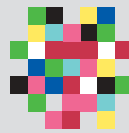
### ■ Migration

In den vergangenen 30 Jahren lag der Zuwanderungssaldo in der Bundesrepublik im Mittel bei ca. 240.000 Personen pro Jahr. Derzeit leben ca. 7,6 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. In den letzten zehn Jahren wurden ca. 750.000 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert.

Von zentraler Bedeutung ist folgende Einschätzung: Die Zuwanderung wird von den befragten Expertinnen und Experten als eine Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der StadtRegion Stuttgart gesehen.

Die überwältigende Mehrheit geht davon aus, dass dieser mittlere Zuwanderungssaldo auch in den kommenden 30 Jahren Bestand haben wird. Interessant ist, dass der im Jahr 2030 von den Expertinnen und Experten als notwendig erachtete Saldo deutlich über diesem erwarteten Saldo liegt (vgl. Abb. 13). Daraus ist ableitbar, dass der Bedarf an Migranten durch die erwartete Zuwanderung nicht gedeckt wird. Dieses Ergebnis ist insbesondere im Zusammenhang mit der derzeitigen politischen Diskussion erheblich.

Von den Expertinnen und Experten wird die mentale Bereitschaft der kommunalen Ebene, sich auf eine verstärkte Zuwanderung einzulassen, sehr kritisch eingeschätzt. Deshalb wohl auch steht es um die entsprechende Infrastruktur nicht zum Besten.



Seit Jahren wird in der Bundesrepublik eine Diskussion geführt – zum letzten Mal im Zusammenhang mit der sogenannten green-card-Initiative und dem Zuwanderungsgesetz – ob sich Deutschland als „Einwanderungsland“ versteht und welche Art von Zuwanderung angestrebt wird. Von den befragten Expertinnen und Experten wird vor allem auf stimmige Rahmenbedingungen abgehoben.

Wichtigste Faktoren zur Gewinnung von ausländischen Spezialisten sind danach ein positives,

weltoffenes Image, ein ausländerfreundliches gesellschaftliches Klima und ein gutes Bildungssystem. Die Pisa-Studie hat eindrücklich die Dringlichkeit von Initiativen im Bildungsbereich für Migranten bestätigt.

Es wird erwartet, dass im Jahr 2030 die USA und Kanada die höhere Attraktivität für Migranten aufweisen.

In Bezug auf die Herkunftsorte der Migranten erwarten die Befragten keine wesentlichen Veränderungen: Die Migranten werden im Jahr 2030

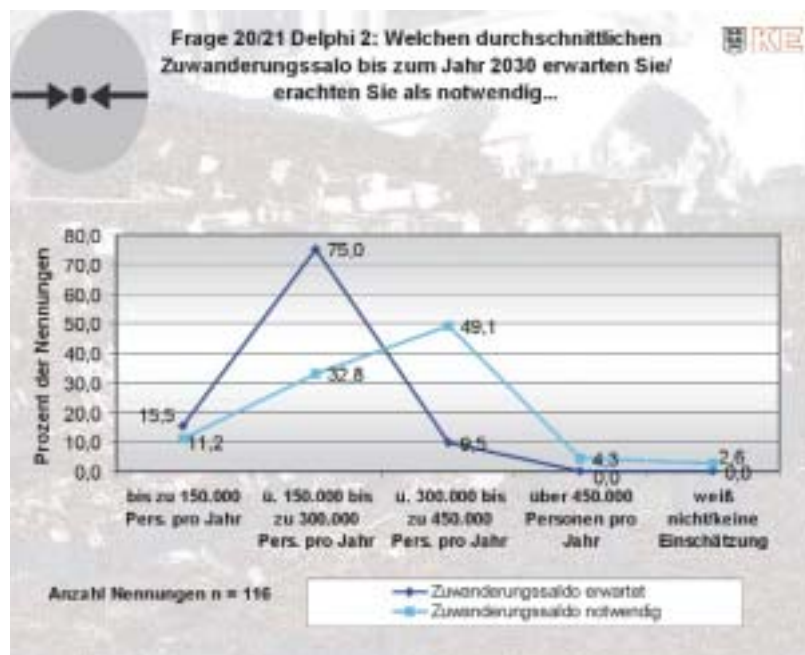


ABB. 13:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGEN 20/21

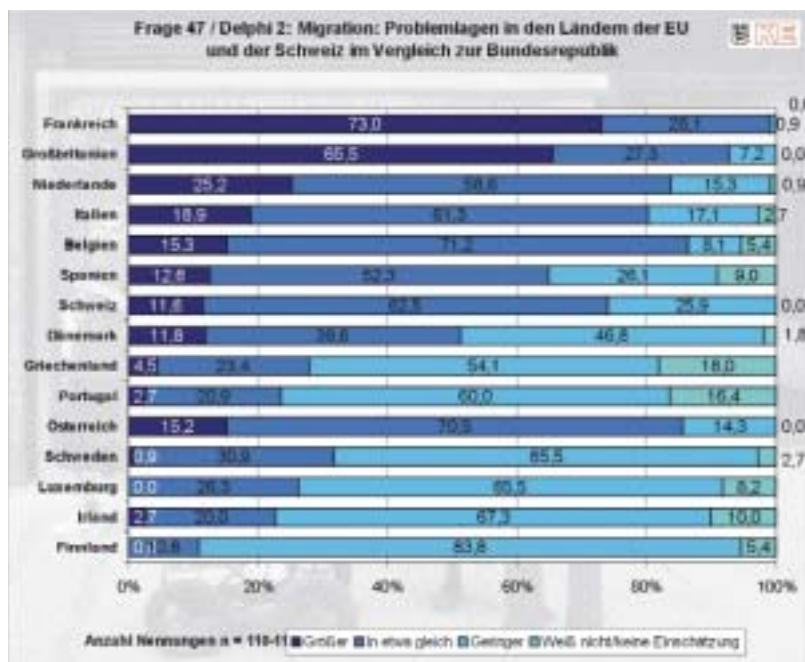


ABB. 14:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGE 47

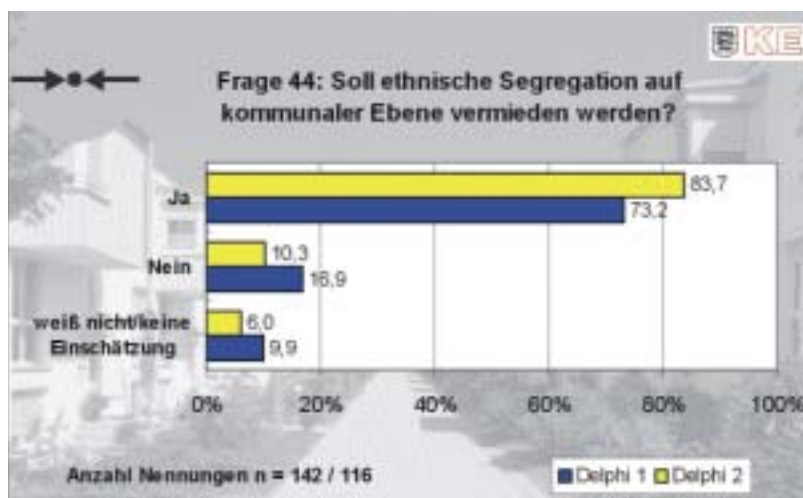


ABB. 15:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGE 44

vor allem aus den derzeitigen EU-Staaten und aus Staaten der EU-Osterweiterung, gefolgt von der Türkei und Südosteuropa, erwartet.

Interessant ist die Einschätzung der bestehenden Problemlagen im Vergleich zu den anderen Staaten der europäischen Union und der Schweiz (vgl. Abb. 14):

Frankreich und Großbritannien – Länder mit stärkerer kolonialer Vergangenheit – werden im Zusammenhang mit der Migration größere Probleme bescheinigt, die Problemlagen in den Niederlanden und in Italien werden in etwa gleich eingeschätzt; deutlich geringere Probleme haben in der Experteneinschätzung Schweden, Luxemburg, Irland sowie Finnland.

Die Fachöffentlichkeit geht davon aus, dass in Deutschland weiterhin die Arbeitsmigration im Vordergrund stehen wird. Diese lässt sich durch gesetzliche Regelungen und den Bedarf der Wirtschaft relativ konsequent steuern. Damit hat Deutschland günstigere Möglichkeiten der Einflussnahme als die ehemaligen Kolonialmächte mit ihren engen historischen Verbindungen zwischen Herkunfts- und Zielland.

Auch in Bezug auf die räumliche Verteilung der Zuwanderer erwarten die Expertinnen und Experten keine wesentlichen Veränderungen: Wichtigste Migrantenwohnorte werden im Jahr 2030 neben den Altbauquartieren der Kernstädte die Siedlungen der 1950er bis 1970er Jahre sein. Die Migranten konzentrieren sich in den Städten, die Wohnorte qualifizierter Migranten sind dieselben wie heute.

### ■ Segregation

Der Begriff „Segregation“ meint zum einen eine auf den Raum bezogene ungleichmäßige Verteilung von Bevölkerungsgruppen nach bestimmten sozialen Merkmalen. Zum anderen wird damit der Prozess der Entmischung von Bevölkerungsgruppen und das Entstehen sozialstrukturell homogener Nachbarschaften beschrieben.

Die Expertinnen und Experten gehen von zunehmenden sozialen und ethnischen Segregationserscheinungen aus. Diese werden ein Spiegelbild der steigenden sozialen Disparitäten sein. In deutschen Städten wird sich dadurch eine „soziale Unterklasse“ etablieren.

Ethnisch geprägte Viertel werden als Ergebnis einer Mischung aus „freiwilliger“ und „unfreiwilliger“ Segregation der Bewohner interpretiert. Einerseits bieten sie den Migranten als erste Anlaufstelle einen „sicheren Hafen“ in vertrauter sozialer Umgebung; es wird jedoch auch konstatiert, dass ein Teil der Bewohner in einer „Mobilitätsfalle“ sitzt.

Heterogen sind die Einschätzungen ob – analog zur Entwicklung in den USA – eine Bildung von ethnischen und sozialen Ghettos in Deutschland zu erwarten ist.

Steigende soziale Disparitäten können zu einer räumlichen Abschottung der gesellschaftlichen Mittel- und Oberschicht führen. Sogenannte „gated communities“, also bewachte Stadtquartiere, werden jedoch in Deutschland für eher unwahrscheinlich angenommen.

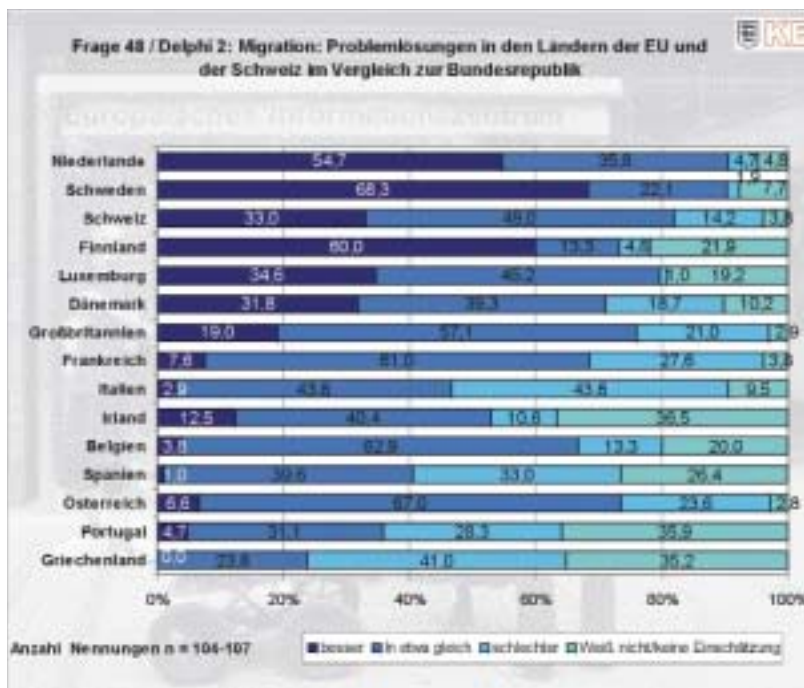


ABB. 16:  
 ERGEBNISSE DES  
 EXPERTEN-DELPHIS;  
 FRAGE 48

Hohe Übereinstimmung herrscht dagegen in der Ansicht, dass ethnische Segregation auf kommunaler Ebene vermieden werden sollte. Der kommunalen Wohnungspolitik wird eine hohe Bedeutung beigemessen.

Zur Verhinderung von sozialer Segregation sind nach Ansicht der Expertinnen und Experten vor allem Instrumente der Bildungs- und Sozialpolitik von hoher Bedeutung.

1.3.3 Handlungsfelder

■ Integration

Der Begriff der Integration wird in der Literatur (Göschel 2001) auf drei Ebenen bezogen:

- Die Materielle oder Systemische Integration. Diese meint die Integration in das Erwerbsleben, einschließlich der Partizipation an den sozialen Sicherungssystemen und die Integration in den Wohnungsmarkt.
- Die Politische Integration. Diese meint die Integration in demokratische Formen der politischen Willensbildung, Selbstverwaltung oder Machtausübung.
- Die soziale Integration, d.h. die Integration in informelle Beziehungsnetze, Nachbarschaften und wechselseitige Hilfsbeziehungen, die in

städtischen Gesellschaften nicht zwangsläufig durch Abstammung, Stand, Religion oder Familie vorgegeben sind.

Das Spektrum möglicher Konzepte reicht von der vollständigen Anpassung – „Assimilation“ – bis hin zur gruppenbezogenen gesellschaftlichen Integration – „Multikulturalismus“ –, die ethnische Eigenständigkeit zulässt.

Als beispielhaft werden insbesondere die Integrationskonzepte der Niederlande und von Schweden beschrieben. Diese setzten in erster Linie auf die rasche gesellschaftliche Integration der Migranten durch staatliche Förderung der Sprachkompetenz und durch Kursangebote, welche die Migranten mit den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten und den Arbeitsmarktbedingungen des Landes vertraut machen sollen. Die Maßnahmen werden überwiegend auf kommunaler Ebene durchgeführt.

Analog werden insbesondere die Problemlösungen in den Niederlanden und Schweden von der Mehrheit der Expertinnen und Experten im Vergleich zur Bundesrepublik als „besser“ eingestuft; demgegenüber werden die Lösungen in Großbritannien, Frankreich und Italien als eher „schlechter“ empfunden (vgl. Abb. 16).

Konsens besteht darüber, dass die Aufnahme-fähigkeit des Arbeitsmarktes derzeit und verstärkt auch in der Zukunft eine zentrale Größe für die Integrationsleistung der Gesellschaft darstellt. Starken Einfluss auf die Integration von Migranten haben darüber hinaus die Aus- und Weiterbil-dung, die Sprachkompetenz sowie die emotionale Akzeptanz der Bevölkerung. Unbürokratischen Einbürgerungsverfahren und der interkulturellen Kompetenz der Verwaltung wird ebenfalls eine hohe Bedeutung zugemessen. Nach Ansicht der Expertinnen und Experten gewinnen die interkul-turelle öffentliche Infrastruktur sowie das kommu-nale Wahlrecht an Bedeutung.

### ■ *Partizipation*

Eine wesentliche Voraussetzung für die gesell-schaftliche Integration von Migranten und Senio-ren ist deren gesellschaftliche Partizipation. Die Expertinnen und Experten sind sich einig, dass diese Gruppen noch stärker in Beteili-gungsverfahren integriert werden sollten. Offe-nen Beteiligungsformen haben im Vergleich zu institutionellen Beteiligungsformen eine höhere Bedeutung (vgl. Abb. 17).

### ■ *Institutionelle Erneuerung*

Ohne strukturelle Konzepte zur Integration und Partizipation werden die Herausforderungen, die sich aus den Problemen der demographischen Alterung, der Migration und der Segregation ergeben, nicht zu bewältigen sein. Alle Politik

formulierenden Ebenen, die des Bundes und der Länder sowie die Kommunen werden gefordert sein. Besondere Bedeutung wird allerdings den Kommunen zukommen. Sie stehen den Bürgerin-nen und Bürgern am nächsten und Probleme und Konflikte haben immer einen konkreten örtlichen Bezug. Auf dieser Ebene entscheidet sich deshalb letztendlich auch die Frage „gelungener“ oder „mißlungener“ Integration.

Zwangsläufig stellen sich damit Fragen nach den institutionellen Strukturen innerhalb der Stadt-Region Stuttgart.

Das Delphi liefert klare Ergebnisse in der Ein-schätzung: Die Globalisierung wird zu einer wei-teren Bedeutungszunahme der lokalen und regio-nalen Ebene führen. Die Kommunen sollen auch weiterhin in erster Linie als „Dienstleister“ für die Einwohner zuständig sein. Aufgaben sollten darü-ber hinaus verstärkt durch interkommunale Kooperationen angegangen werden.

Die Mehrheit der Expertinnen und Experten ist der Ansicht, dass in den Verdichtungsräumen zukünftig keine andere politisch-administrative Struktur als in den ländlichen Räumen geschaffen werden sollte.

Als koordinierende Organisationsebene zwischen den Kommunen wird in erster Linie die Region ge-nannt. Das Modell des Verbandes Region Stuttgart hat Vorbildfunktion. So sollten nach Meinung der Expertinnen und Experten Regionen grundsätzlich

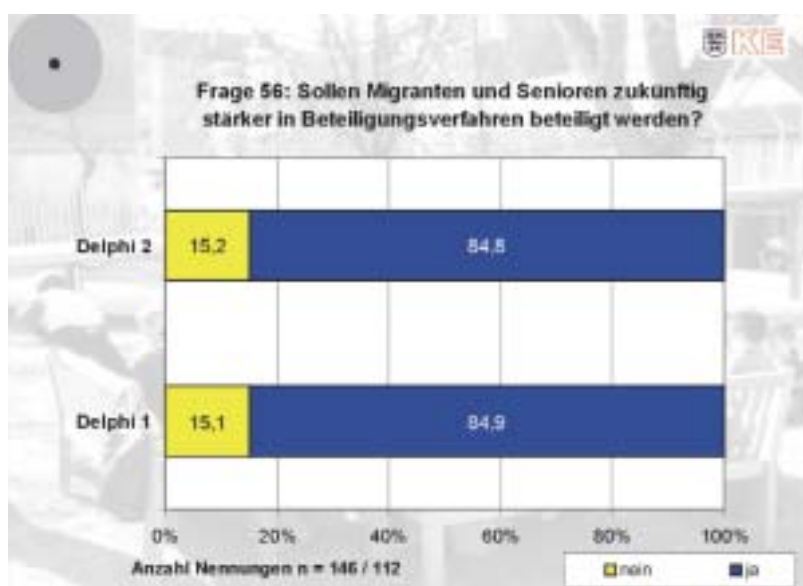


ABB. 17:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGE 56

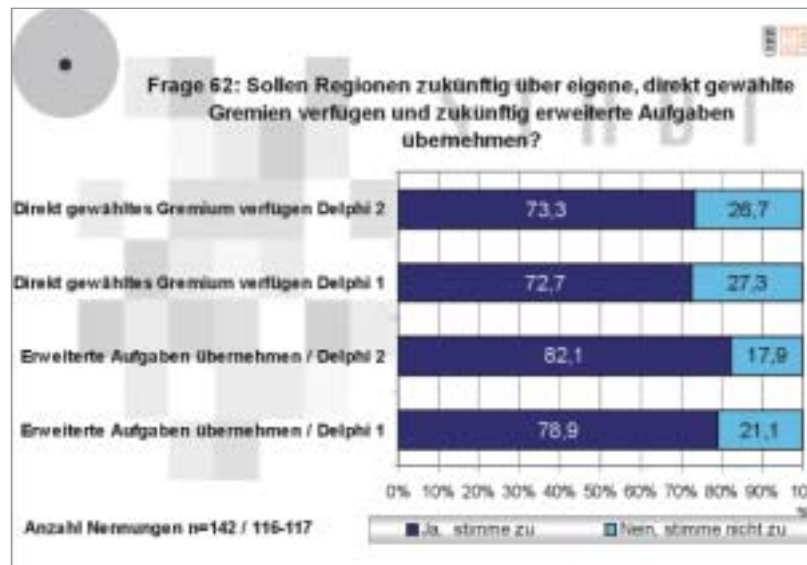
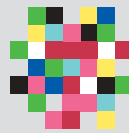


ABB. 18:  
ERGEBNISSE DES  
EXPERTEN-DELPHIS;  
FRAGE 62

über ein direkt gewähltes Gremium verfügen und erweiterte Aufgaben übernehmen (vgl. Abb. 18).

Vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Ressourcen wird davon ausgegangen, dass der Stellenwert von „Nicht-Regierungs-Organisationen“ bei politischen Entscheidungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene deutlich steigen wird.

### 1.3.3 Ergebnisse und Vergleich der Szenarien

Im Rahmen der Delphi-Befragung wurden die Fachöffentlichkeit und Politikerinnen und Politiker mit zwei normativen Kontrastszenarien zu den Themen „Demographische Alterung“ und „Migration“ konfrontiert.

Die Merkmale der Szenarien wurden in Form eines semantischen Differenzials abgefragt. Die beiden Pole wurden durch Positiv- und Negativszenarien beschrieben (siehe Abb. 19; vgl. Teil 2, Kap. 2.2.1).

Die im Folgenden zusammengefassten Ergebnisse entsprechen einem „Erwartungsszenario“. Diese „mainstream-Einschätzung“ der Expertinnen und Experten hat als Fokus die Beurteilung der Situation innerhalb der StadtRegion Stuttgart im Jahre 2030.

#### ■ Expertinnen- und Experten-Erwartung

##### Demographische Alterung

Die Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass eine weitere Arbeitsmigration in die StadtRegion Stuttgart die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Region trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen erhalten wird. Ebenso wird erwartet, dass die demographische Alterung durch Zuwanderung abgeschwächt und soziale Netzwerke für alte Menschen installiert werden können. Es wird von einer verstärkten demographischen Segregation und zunehmenden sozialen Disparitäten ausgegangen. Eine positive Beeinflussung der Geburtenrate wird nicht erwartet.

ABB. 19:  
KONTRASTSZENARIEN DES  
EXPERTEN-DELPHIS

Trend	Positivszenario	Negativszenario
Demographische Alterung	„Die integrative Mehrgenerationen-StadtRegion Stuttgart“	„Die überalterte und hoch segregierte StadtRegion Stuttgart“
Migration	„Die ethnisch und sozial integrierte StadtRegion Stuttgart“	„Die ethnisch und sozial polarisierte StadtRegion Stuttgart“

In der Summe ihrer Einschätzung tendieren die Expertinnen und Experten ganz leicht zum Negativ-Szenario „der überalterten und hoch segregierten StadtRegion Stuttgart“.

#### Migration

Weniger klare Positionierungen ergeben sich im Bereich der Migration.

Eindeutig sind allerdings die Einschätzungen, dass ein Zuwanderungsgesetz die gewünschte Zuwanderung und Integration von Migranten befördert und dass – auch dank der Zuwanderung – die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der Region erhalten werden kann.

In der Summe ihrer Einschätzungen tendieren die Expertinnen und Experten ganz leicht zum Positiv-Szenario „der ethnisch und sozial integrierten StadtRegion Stuttgart“.

#### ■ Politik-Erwartungen

Betrachtet man die Eintrittswahrscheinlichkeit der Szenarien insgesamt, zeichnet sich bei den befragten Politikern eine etwas optimistischere Einschätzung beim Themenbereich „Demographische Alterung“ ab. Für den Themenbereich „Migration“ liegen die Einschätzungen im Mittel dicht bei den Einschätzungen der befragten Expertinnen und Experten.

Inhaltlich konnten folgende drei signifikanten Unterschiede festgestellt werden:

##### – *Beeinflussung der Geburtenraten*

Die kommunale Politik sieht größere Steuerungsmöglichkeiten zur Beeinflussung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung.

Die Beeinflussbarkeit der Geburtenrate wird im Mittel von den befragten Experten als deutlich geringer eingestuft.

##### – *Zuwanderung als Chance*

Von der kommunalen Politik wird Zuwanderung in geringerem Umfang als Chance gesehen.

Die befragten Politiker sehen in weit geringerem Umfang die kausale Abhängigkeit zwischen Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und wirtschaftlicher Prosperität der StadtRegion im Jahr 2030. Die Möglichkeiten der Beeinflussung der demographischen Alterung

durch verstärkte Zuwanderung werden von der Politik als geringer eingestuft.

##### – *Segregation*

Die befragten Politiker erwarten geringere Segregationserscheinungen innerhalb der StadtRegion Stuttgart im Jahr 2030.

Die befragten Experten erwarten in stärkerem Umfang eine räumliche Segregation der Migranten bis hin zur Ghettobildung.

## 1.4 Resümee

### ■ Methode

Der Einsatz der Delphi-Methode im Rahmen des Forschungsvorhabens StadtRegion Stuttgart 2030 hat sich bewährt. Nachgewiesen werden konnte, dass mit dem Delphi-Verfahren Fragen mit einem hohen Grad an Unbestimmtheit sinnvoll bearbeitet werden können.

Besondere Bedeutung hat das von den Expertinnen und Experten formulierte „Erwartungsszenario 2030“. Deutlich(er) wird, welches die Einschätzungen und Meinungen der Fachöffentlichkeit zu den drei zentralen Bereichen der demographischen Alterung, der Migration und der Segregation sind. Darüber hinaus konnten Ansätze in den zentralen Handlungsfelder der Integration, der Partizipation und der institutionellen Erneuerung konkreter benannt werden.

Natürlich bedeutet dies nicht, dass die Zukunft tatsächlich so sein wird. Seriöse qualitative empirische Sozialforschung hebt sich ab von „prognostischer Prophetie“. Die Methode liefert eher Hinweise über das Nachdenken von Fachleute, mit welchen Problemen zu rechnen sein wird und was vernünftigerweise getan werden könnte, um uns einen Handlungsspielraum zu erhalten. Damit stellen sie auch eine wesentliche Grundlage für die Formulierung von Leitbildern dar.

### ■ Ergebnisse

Im Experten-Delphi werden Fragen zur heutigen Situation, zur Entwicklung in den kommenden drei Jahrzehnten und zur Situation im Jahr 2030 gestellt. Die Ergebnisse des Experten-Delphi formulieren damit auch ein „Erwartungsszenario“ für das Jahr 2030.



Zusammenfassend können aus den Ergebnissen folgende sieben zentrale Schlussfolgerungen gezogen werden:

**1. Der Erhalt der wirtschaftlichen Prosperität der StadtRegion Stuttgart 2030 setzt eine verstärkte Migration qualifizierter Arbeitskräfte voraus.**

Über 90 Prozent der Expertinnen und Experten schätzen den durchschnittlichen jährlichen Wanderungsüberschuss der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2030 auf unter 300.000 Personen pro Jahr. Der bis 2030 von den Expertinnen und Experten als notwendig erachtete Wanderungssaldo liegt deutlich darüber.

Gerade vor dem Hintergrund der rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung und dem damit verbundenen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen ist die StadtRegion Stuttgart 2030 auf eine verstärkte und qualifizierte Arbeitsmigration angewiesen.

**2. Die Integrationsleistung der StadtRegion Stuttgart 2030 hängt unmittelbar von ihrer wirtschaftlichen Prosperität ab.**

Nur eine prosperierende StadtRegion Stuttgart 2030 mit ausreichendem und attraktivem Arbeitsplatzangebot und stabilen kommunalen Haushalten ist den Herausforderungen einer verstärkten Zuwanderung gewachsen. Die Integration der Migranten ins Erwerbsleben ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Integration, Partizipation und letztendlich für sozialen Frieden.

Wirtschaftliche Prosperität, Erwerbsquote, Migration und Integration bedingen sich wechselseitig. Sie sind damit Voraussetzungen und Folgen gleichermaßen.

Vereinfacht formuliert:

Wirtschaftliche Prosperität ist Voraussetzung für systemische Integration, systemische Integration ist Voraussetzung für Migration qualifizierter Arbeitskräfte, qualifizierte Arbeitskräfte sind Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität (vgl. Abb. 20).

Dieser selbstverstärkende Effekt gewinnt in Zukunft an Bedeutung, wenn die Folgen der demographischen Entwicklung – in etwas über einem Jahrzehnt – direkte Auswirkungen auf

die Verfügbarkeit von Arbeitskräften haben werden. Nur prosperierende Regionen werden für (Arbeits-)Migranten attraktiv sein, deren Zuwanderung wiederum Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität ist. Es kann sich zumindest in diesen Regionen eine „win-win“-Situation ergeben.

Umgekehrt bedeutet dies, dass struktur- und wirtschaftsschwache Regionen aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung einem selbstverstärkenden Abwärtstrend ausgesetzt sein werden. Dieser Effekt ist – in abgeschwächter Form und unter anderen Voraussetzungen – bereits heute in den neuen Bundesländern erkennbar.

Die Einschätzung der Experten, dass die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den Regionen steigen werden, deckt sich mit dieser These.

**3. Die StadtRegion Stuttgart 2030 hat vergleichsweise günstige Rahmenbedingungen zur Bewältigung der anstehenden Integrationsaufgaben.**

In der StadtRegion Stuttgart hat die Arbeitsmigration eine lange Tradition. Insbesondere die prosperierende Automobil- und Maschinenbauindustrie war in den 1960er bis Anfang 1970er Jahren auf die stetige Zuwanderung von (in der Regel gering qualifizierten) Arbeitskräften angewiesen. Der Ausländeranteil der Landeshauptstadt Stuttgart lag im Jahr 2001 mit 24,4 Prozent knapp hinter Frankfurt an der Spitze der bundesdeutschen Metropolen; der Ausländeranteil der Region mit gut 17 Prozent noch deutlich über dem Landesdurchschnitt von 12,2 Prozent. Aufgrund dieser faktischen Internationalität der Region dürfte die emotionale Akzeptanz der Bevölkerung in Bezug auf die Zuwanderung im Vergleich zu anderen Metropolregionen als relativ hoch eingeschätzt werden: Man hat gelernt, mit Migranten zu leben.

In den 1980er und 1990er Jahren hat sich die Wirtschaftsstruktur der StadtRegion Stuttgart weiter diversifiziert. Sie weist inzwischen eine höhere Krisenfestigkeit auf als noch vor 20 Jahren. Die befragten Expertinnen und Experten erwarten auch im Jahr 2030 wirtschaftliche Prosperität für die StadtRegion Stuttgart.

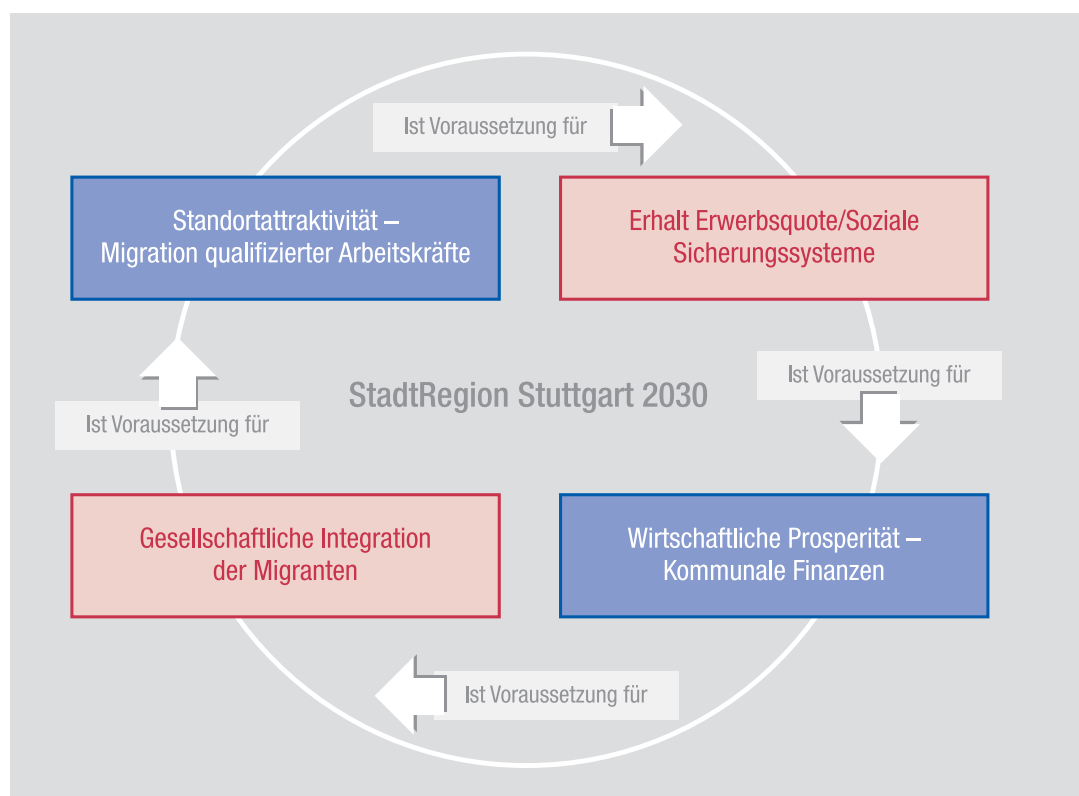


ABB. 20:  
REGELKREIS DER  
INTEGRATION

Dies bedeutet freilich nicht, dass das Krisenpotenzial unterschätzt werden sollte. Die nach wie vor starke Ausrichtung der Region am Fahrzeugbau ist Beleg dafür.

Wird unterstellt, dass die kommunale Finanzkraft auch in 30 Jahren unmittelbar von der Prosperität der angesiedelten Wirtschaft abhängt, ist davon auszugehen, dass die StadtRegion Stuttgart für die anstehenden Integrationsaufgaben vergleichsweise gut gerüstet ist.

**4. Die Bereitschaft der kommunalen Ebene, sich auf eine verstärkte Zuwanderung einzulassen, muss entwickelt werden; ebenso sind die kommunalen und regionalen Infrastrukturen auf eine verstärkte Zuwanderung vorzubereiten.**

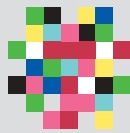
Der Wettbewerb der Regionen um qualifizierte Arbeitskräfte wird sich bis zum Jahr 2030 massiv verschärfen. Zuwanderung muss noch stärker als Chance begriffen werden. Der Wandel der Ausländerpolitik der Landeshauptstadt Stuttgart hin zu einer Integrationspolitik hat jüngst seinen Niederschlag im Stuttgarter „Bündnis für Integration“ gefunden. Der Vergleich zwischen Experten- und Politik-Delphi zeigt jedoch, dass diese

Umorientierung noch zu wenig Eingang in das politische Bewusstsein findet.

Starken Einfluss auf die Integrationsleistung von Migranten haben der Arbeitsmarkt, die Aus- und Weiterbildung, die Sprachkompetenz sowie die emotionale Akzeptanz der Bevölkerung. Unbürokratische Einbürgerungsverfahren und interkulturelle Kompetenz der Verwaltung haben große Bedeutung. Interkulturelle öffentliche Infrastruktur sowie das kommunale Wahlrecht gewinnen an Bedeutung.

**5. Die Bereitschaft der kommunalen Ebene, sich den Herausforderungen des demographischen Wandels zu stellen, muss entwickelt werden.**

Es bedarf einer grundsätzlichen Neuorientierung der kommunalen und regionalen Integrationspolitik im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel. Infrastrukturangebote werden sich deutlich an den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft zu orientieren haben. Vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher (finanzieller) Ressourcen gewinnt das bürgerschaftliche und nachbarschaftliche Engagement an Bedeutung.



### ***6. Soziale Segregation sollte vermieden werden.***

Die Verfestigung (weiterer) sozialer Segregation – gegenüber alten Menschen und Migranten – sollte verhindert werden. Dass dies nicht nur eine kommunale Aufgabe sein kann, ist evident. Ansätze und Instrumente der (staatlichen) Bildungs- und Sozialpolitik haben eine hohe Bedeutung. Der kommunalen Wohnungspolitik kommt bei der Beeinflussung der Segregation ein hoher Stellenwert zu.

### ***7. Regionen sollten gestärkt werden.***

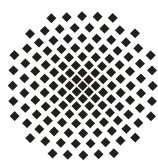
Regionen sollten über ein gewähltes Gremium verfügen und erweiterte Aufgaben übernehmen. Die interkommunalen Kooperationen sind zu stärken. Angesichts knapper Kassen ist es nicht verwunderlich und auch kein Widerspruch, wenn zugleich die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements gefordert werden. Die kommunale und regionale Ebene werden bei der Koordination und Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Form von Netzwerken und Selbsthilfegruppen eine gegenüber Heute sehr viel aktivere Rolle einzunehmen haben.

Nach Ansicht der Expertinnen und Experten wird die StadtRegion Stuttgart auch im Jahr 2030 wirtschaftlich prosperieren. Zu hoffen ist, dass dadurch die Ressourcen vorhanden sind, die den sozialen Wandel zu einer alternden und ethnisch heterogenen (Stadt-)Gesellschaft positiv unterstützen.



## Teil II: Teilvorhaben

### 2. Sozialräumliche Dynamik



Ziel dieses Teilvorhabens war es, durch eine Analyse der sozialräumlichen Dynamik und den Entwurf von Zukunftskonzeptionen zur Entwicklung eines handlungsorientierten Leitbildes der StadtRegion Stuttgart 2030 beizutragen. Die methodische Konzeption ist durch die Verknüpfung einer Strukturanalyse mit einer darauf aufbauenden akteurszentrierten handlungs- und dialogorientierten Vorgehensweise gekennzeichnet.



## 2 Sozialräumliche Dynamik

Susanne Albrecht, Wolf Gaebe,  
Katrin Fritz, Nicole Oberbach und  
Simone Plahuta

Institut für Geographie, Universität  
Stuttgart

### 2.1 Ziele und Methoden

Der demographische und soziale Wandel stellt die StadtRegion Stuttgart in Zukunft vor große Herausforderungen. Ziel des Teilvorhabens ist es, durch eine Analyse der sozialräumlichen Dynamik in der StadtRegion Stuttgart und darauf aufbauende Zukunftskonzeptionen zur Entwicklung eines handlungsorientierten Leitbildes der StadtRegion 2030 beizutragen, das die sozialräumlichen Entwicklungstrends in ihrer spezifischen regionalen und intraregionalen Differenzierung aufgreift und in ein zukunfts-fähiges Modell der Stadt- und Regionalentwicklung einfließen läßt.

Die methodische Konzeption der Untersuchung ist durch die Verknüpfung einer Strukturanalyse mit einer darauf aufbauenden akteurszentrierten handlungs- und dialogorientierten Vorgehensweise gekennzeichnet.

Zunächst wurden im Rahmen eines Vergleichs mit anderen deutschen Großstadregionen und auf der Grundlage einer Analyse der aktuellen demographischen und sozialen Entwicklungstendenzen und Trendprognosen für Stadtregionen die für die StadtRegion Stuttgart spezifischen Ausgangsbedingungen und Entwicklungsperspektiven herausgearbeitet. Dabei wurde mit Hilfe kleinräumig differenzierter Daten eine Bewertung der sozialräumlichen Dynamik in Stadt und Region Stuttgart vorgenommen, die sich auf die inhaltlichen Schwerpunkte demographische Alterung, Migration und ethnische Differenzierung sowie soziale Segregation konzentriert. Ziel war es, spezifische Chancen und Risiken im Hinblick auf Ausgleich, Integration und Dynamik zu ermitteln. Im Anschluss daran wurden mögliche Entwicklungspfade und qualitative Szenarien erarbeitet.

Auf dieser Grundlage erfolgte eine Charakterisierung der ausgewählten Teilräume und eine Identi-

fizierung von Zielgruppen für die anschließende akteurs- und handlungszentrierte Analyse in den Teilräumen. Die Auswahl der Teilräume und die damit verbundene inhaltliche Gewichtung orientierte sich an Problemlagen, die sich im Zuge des demographischen und sozialen Wandels in Zukunft verschärfen könnten. In der quartiersbezogenen Analyse wurden das Alltagshandeln, die Aktionsräume und die regionalen und lokalen Raum- und Ortsbezüge einzelner für die ausgewählten Teilräume charakteristischer sozialer Gruppen untersucht. Ziel der Analyse war es, Hinweise auf Defizite und zukünftigen Handlungsbedarf im Hinblick auf Integration, sozialen Ausgleich und Partizipation zu erhalten. Ausführliche qualitative Interviews mit Vertretern der ausgewählten Zielgruppen und Gespräche mit lokalen Experten sollten dazu dienen, die soziale Wirklichkeit in den ausgewählten Quartieren aus der Sicht von Bewohnern genauer zu erkennen. Bei den Interviewpartnern handelte es sich nicht um „Experten“, sie wurden vielmehr nach Erfahrungen befragt, die aus ihrem Alltagshandeln resultieren. Ergänzend zu den Interviews wurde in den ausgewählten Teilräumen eine standardisierte Befragung von Passanten zu ihrer Wahrnehmung der Stadtteile durchgeführt.

Im Rahmen von Workshops wurden schließlich im Dialog mit lokalen Experten und/oder Bewohnern zielgruppenspezifisch Zukunftsperspektiven erarbeitet. Ziele waren die Identifikation von Stärken und Schwächen der Quartiere und die Erarbeitung von Zielqualitäten und Handlungsoptionen für ein Leitbild 2030.

### 2.2 Sozialräumliche Dynamik in inter- und intraregionaler Perspektive und Szenarien

#### 2.2.1 Demographische Alterung

Im Vergleich zu anderen Agglomerationsräumen weist die Region Stuttgart nach wie vor günstige demographische Ausgangsbedingungen auf, was sich in einem positiven natürlichen Saldo und in einem relativ niedrigen Altenquotienten, d.h. einer vergleichsweise jungen Bevölkerung zeigt. Für die Zukunft kommen jedoch verschiedene regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnungen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es zunächst zu einer Phase nachlassenden

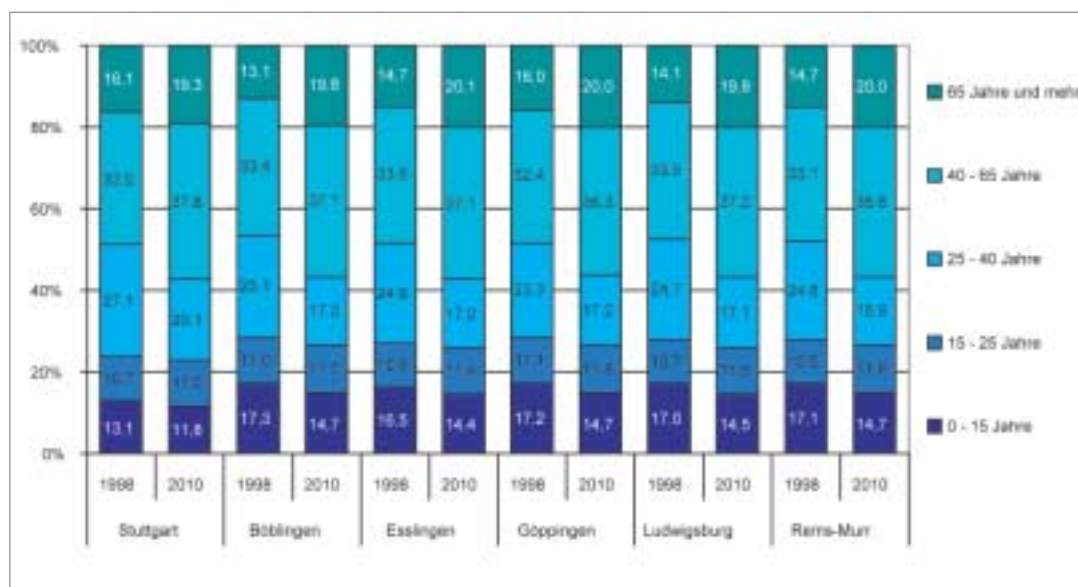


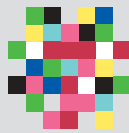
ABB. 21:  
PROGNOSE ZUR VERÄNDERUNG DER ALTERSSTRUKTUR (NACH ANTEILEN DER ALTERSKLASSEN AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG) IN DEN KREISEN DER REGION STUTTGART VON 1998 BIS 2010  
(DATENQUELLE: STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG)

Wachstums und nach 2010/2015 voraussichtlich zu einem Bevölkerungsrückgang kommen wird, da der durch Geburtenrückgang und veränderte Altersstruktur bedingte negative natürliche Saldo nicht durch Wanderungsgewinne kompensiert werden kann. Auch das Umland, das in den letzten 30 Jahren durch Stadt-Umland-Wanderung, direkte Randwanderung und durch Geburtenüberschüsse erheblich an Bevölkerung gewonnen hat, wird in den nächsten 30 Jahren eine Stagnation oder sogar einen Rückgang seiner Bevölkerung erfahren. In der Folge wird sich die Altersstruktur in den Umlandkreisen und in der Kernstadt Stuttgart sukzessive angleichen. Eine solche „Randalterung“ ist bereits heute erkennbar: Während im Zeitraum von 1990 bis 1999 in der Kernstadt Stuttgart die Zahl der 65-Jährigen und Älteren nur um ein Prozent wuchs, nahm deren Anteil in den Umlandkreisen zwischen 13 und 27 Prozent zu (BBR 2002). Prognosen für den Zeitraum 1997 bis 2015 (Bucher u. Kocks 1999) zeigen, dass ein beschleunigter und nachholender Alterungsprozess stattfinden wird, der jedoch erst ab 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen, seine stärkste Dynamik entfaltet. Innerstädtisch wird die Alterung, in Abhängigkeit von der Sesshaftigkeit der Bevölkerung, wahrscheinlich kleinräumig relativ stark segregiert verlaufen.

Der Prozess der demographischen Alterung führt jedoch nicht nur zu einem steigenden Anteil älte-

rer Menschen an der Gesamtbevölkerung, sondern auch zu einer Alterung des Erwerbspersonenpotenzials. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Schulz 2000) wird die Zahl der Erwerbspersonen bei einem durchschnittlichen jährlichen Wanderungsgewinn von etwa 140.000 Menschen trotz der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen ab 2010 rückläufig sein. Die Hoffnung, dass die Zuwanderung diesen Trend „auffängt“, wird sich nicht erfüllen.

Vor dem Hintergrund der komplexen Auswirkungen des Alterungsprozesses auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung wurde für die StadtRegion Stuttgart 2030 ein Negativ- und ein Positivszenario zur demographischen Alterung entwickelt. Die „Hochsegregierte überalterte StadtRegion“ ist gekennzeichnet von einer infolge der negativen Effekte der demographischen Alterung auf den regionalen Arbeitsmarkt und auf die Innovationskraft abnehmenden regionalen Wettbewerbsfähigkeit und einer Ausdünnung und Zentralisierung der öffentlichen Infrastruktur, die vor allem zu Lasten dezentraler Standorte geht und dramatische Folgen für weniger mobile Gruppen hat. Darüber hinaus kommt es zur Entstehung hochsegregierter Altenwohnviertel in Umland und Kernstadt, zu einer hohen und teilweise räumlich stark konzentrierten Altersarmut sowie zu einem aus der Überlastung der öffentlichen Kassen resultierenden Pflegenotstand. In der „Integrativen Mehrgenerationen-StadtRegion“



ist es dagegen durch frühzeitige politische Reformen und innovative Strategien auf regionaler und lokaler Ebene (z.B. durch Weiterbildungskonzepte für ältere Arbeitnehmer und eine erfolgreiche Anwerbung junger, hochqualifizierter Menschen aus dem Ausland sowie mit Hilfe angepasster Strategien des Infrastrukturmanagements, angepasster Wohnformen und neuer sozialer Netzwerke zur Betreuung älterer Menschen) gelungen, die negativen Effekte der Alterung auf die regionale Wirtschaft, die Infrastrukturausstattung und die demographische Segregation weitgehend abzuwenden. Die Versorgung und Betreuung älterer Menschen konnte gesichert und die positiven Effekte der veränderten demographischen Rahmenbedingungen genutzt werden.

Auf der Grundlage dieser und der in 2.2.3 dargestellten Szenarien wurden vom Projektpartner Kommunalentwicklung im Rahmen der Delphi-Befragung semantische Differentiale erstellt, mit deren Hilfe eine Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeit der Szenarien durch die Experten erfolgte (vgl. II.1).

## 2.2.2 Zuwanderung

Im Gegensatz zu den aufgrund ihrer Trägheit relativ genau vorhersehbaren Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung sind langfristige Vorhersagen bezüglich der Zuwanderung nach Deutschland grundsätzlich schwierig, da ihr Ausmaß von zahlreichen schwer vorhersehbaren politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und demographischen Rahmenbedingungen abhängt. Mit noch größeren Unsicherheiten sind Vorausschätzungen auf kommunaler Ebene verbunden, so dass diese erheblich voneinander abweichen können: So geht die Landeshauptstadt Stuttgart in ihrer Prognose zur Einwohnerentwicklung in Stuttgart von 2002 bis 2015 davon aus, dass der Ausländeranteil bis 2015 aufgrund der Gesetzesänderung im Staatsangehörigkeitsrecht auf 19,5% abnehmen wird. Münz, Seifert u. Ulrich (1999) erwarten dagegen in ihren nationalen Zuwanderungsszenarien für 2030 einen Ausländeranteil von über 30% (mittleres Szenario) in den Städten Stuttgart, München und Frankfurt. Trotz des unterschiedlichen Zeithorizontes verdeutlicht die Differenz zwischen den beiden Vorausschätzungen die oben dargelegte Problematik.

Vorausschätzungen zur Zuwanderung gehen davon aus, dass Deutschland auch in Zukunft positive Wanderungssalden mit dem Ausland verzeichnen wird. Dabei wird die ausländische Bevölkerung nicht in allen Regionen gleichmäßig zunehmen. In der Vergangenheit war Zuwanderung vor allem auf Verdichtungsräume und hier auf die Kernstädte ausgerichtet; Süddeutschland war in stärkerem Maße Ziel von Zuwanderung als der Norden. Auch zukünftig wird erwartet, dass im Wettbewerb um junge Arbeitskräfte aus dem Ausland die wirtschaftlich prosperierenden Regionen die stärkste Zuwanderung erfahren werden (Bucher, Kocks u. Schlömer 2002: 429). Außerdem verzeichneten in der Vergangenheit vor allem Regionen mit einem überdurchschnittlichen Ausländeranteil auch überproportional viele Zuwanderer, und es ist anzunehmen, dass auch in Zukunft ethnische Netzwerke und Kettenmigration eine verstärkte Zuwanderung in diese Regionen bewirken (vgl. Kemper 2000: 47f.).

Unter den Agglomerationsräumen hat die Region Stuttgart aufgrund ihres hohen Industriebesatzes und der bisher guten Beschäftigungschancen mit 17,4% (1999) heute den höchsten Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung. Die Stadt Stuttgart hat unter den deutschen Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern mit 25,5% (1999) noch vor Frankfurt a.M. den höchsten Anteil ausländischer Einwohner (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002). Auch wenn der steigende Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund durch Änderungen der Staatsangehörigkeit in Zukunft statistisch untererfasst werden wird und inter- sowie intraregionale Wanderungen nichtdeutscher Bevölkerung zu räumlichen Dekonzentrationsprozessen führen können, wird die Integrationsleistung durch den Zuzug neuer Migranten für Großstädte nach wie vor hoch sein müssen.

Mehr als die Hälfte der nichtdeutschen Einwohner Stuttgarts lebt in den innerstädtischen und innenstadtnahen Stadtbezirken Bad Cannstatt, Stuttgart-Ost, -Süd, -West und Zuffenhausen. Bei den Stadtvierteln mit den höchsten Anteilen an nichtdeutschen Einwohnern (über 40%) handelt es sich in der Regel um Stadtviertel, in denen die Wohnqualität durch gewerbliche Nutzung und Verkehr beeinträchtigt ist, sowie um daran angrenzende Wohnquartiere, die durch

preisgünstigen Wohnraum gekennzeichnet sind. Die ethnische Segregation hat sich gemessen am Segregationsindex<sup>1)</sup> bei den zahlenmäßig bedeutendsten Nationalitäten (Ex-Jugoslawen, Türken, Italiener und Griechen) seit 1980 rückläufig entwickelt. Dieser Befund deckt sich mit Ergebnissen von Untersuchungen in anderen deutschen Städten, z.B. zu Frankfurt (Freund 1998) oder zu Düsseldorf (Glebe 1997). Zum einen weist die rückläufige Entwicklung der Segregationsindizes darauf hin, dass sich die Wohnstandorte der ausländischen Bevölkerung zunehmend über das ganze Stadtgebiet verteilen. Zum anderen ist jedoch zu beachten, dass die Segregationsindizes bei wachsenden Anteilen schon aus statistischen Gründen sinken. Die Staatsangehörigkeit ist zudem ein eindimensionales Merkmal, das per se nichts über die soziale Segregation aussagt: „Polarisierungen zwischen jenen, denen Integration gelungen ist, und jenen, die an den Rand der Gesellschaft geraten, werden damit zugedeckt“ (Häußermann u. Siebel 2001: 38).

In Zukunft wird es zu einer weiteren kulturellen und sozialen Heterogenisierung bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der ethnischen Zugehörigkeit durch zunehmende Einbürgerung und durch eine wachsende Ausdifferenzierung der Migranten nach Status und Lebenslagen und nach der kulturellen Integration kommen. Dies wird in den Großstädten und Großstadtregionen zu einer komplexeren Ausgangssituation hinsichtlich Integration und Segregation führen.

### 2.2.3 Soziale Segregation

Die Entwicklung der Sozialstruktur in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten von zwei sich überlagernden Tendenzen geprägt: einer durch Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse bedingten wachsenden horizontalen Ungleichheit und einer sich verschärfenden vertikalen Ungleichheit. Insbesondere seit den 1980er Jahren ist in Deutschland und anderen Industrieländern eine Vergrößerung des Abstands zwischen Arm und Reich sowie eine zunehmende Zahl armer Menschen zu beobachten. Die Ursachen für die

wachsenden sozialen Disparitäten liegen in tiefgreifenden ökonomischen Umstrukturierungen.

Zugleich wird angenommen, dass mit den wachsenden sozialen Disparitäten auch eine stärkere sozialräumliche Differenzierung der Bevölkerung einhergeht, die u.a. zu einer zunehmenden Ungleichheit zwischen Kernstädten und Umland als Folge der Bevölkerungssuburbanisierung und zu einer Verstärkung der innerstädtischen Disparitäten führt.

Um Armut und sozialräumliche Disparitäten in Großstädten zu erfassen, wird meist die Sozialhilfedichte, d. h. die Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner herangezogen. Im Hinblick auf die Sozialhilfedichte liegt die Region Stuttgart mit 22,4 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner weit unter dem Bundesdurchschnitt, nur München weist 1999 unter den in Tabelle 1 ausgewählten Großstadtregionen eine noch niedrigere Sozialhilfequote auf. Allerdings zeigt sich in den Jahren 1995 bis 1999 in der Region Stuttgart eine im Vergleich zu allen Agglomerationsräumen der alten Bundesländer überdurchschnittliche Zunahme. Die Region Stuttgart weist mit 35,6% außerdem einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil bei den Sozialhilfeempfängern auf. Dieser Konstellation entspricht, dass die Region Stuttgart als eine der wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands zwar eine niedrige Arbeitslosenquote, dafür aber einen relativ hohen Anteil von Nichtdeutschen an den Arbeitslosen aufweist.

Innerhalb Stuttgarts sind die Bezirke Ost, Zuffenhausen, Bad Cannstatt, Wangen, Süd und Mitte von einer räumlichen Ballung mehrerer Stadtviertel mit – im Vergleich zur Gesamtstadt – überdurchschnittlicher Sozialhilfedichte betroffen (Landeshauptstadt Stuttgart, Sozialamt 2001: 136). Bei der Analyse der innerstädtischen Segregation von Armut in Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg und Stuttgart unterscheidet Klagge (2001) zwei verschiedene Typen von Armutsgebieten: Während die Sozialhilfedichte der deutschen Bevölkerung in beiden Typen

1) Der Segregationsindex misst das Ausmaß, in dem eine Gruppe im Vergleich zu allen anderen Gruppen über die Gesamtstadt verteilt wohnt. Der Wert kann zwischen 0 (keine Segregation) und 100 (vollständige Segregation) schwanken. Im Rahmen des Teilvorhabens wurden die Segregationsindizes für ausgewählte Nationalitäten in Stuttgart von 1975 bis 2000 auf der Basis von 138 Stadtvierteln berechnet.



TAB. 1: INDIKATOREN ZUR SOZIALSTRUKTUR IN AUSGEWÄHLTEN AGGLOMERATIONSRAÜMEN

	je 1000 Einwohner	Sozialhilfeempfänger* 1999		Arbeitslose 2001	
		Entwicklung 1995-99 in %	Ausländer- anteil in %	Quote in %	Ausländer- anteil in %
Hamburg	54,6	-1,4	25,4	8,2	16,8
Berlin	60,6	57,4	25,5	17,4	12,0
Duisburg/Essen	43,6	3,3	23,3	10,9	17,1
Düsseldorf	40,5	15,2	25,8	8,8	22,7
Köln	46,6	32,5	29,8	9,5	24,6
Rhein-Main	42,2	- 9,1	38,4	6,3	28,5
Leipzig	29,0	63,8	7,6	19,0	2,5
Stuttgart	22,4	11,3	35,6	4,7	31,5
München	21,9	4,4	30,0	4,2	27,0
alle Aggl.-räume	40,5	13,4	26,5	10,0	16,5
davon in den					
alten Bundesländern	39,0	5,0	27,8	8,1	20,8
neuen Bundesländern	46,9	58,0	21,9	17,7	8,2

\* Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002

überdurchschnittlich ist, ist die Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung in den durch sozialen Wohnungsbau geprägten Stadtteilen am Stadtrand deutlich überdurchschnittlich, in den innerstädtischen Armutsgebieten dagegen liegt die Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung meist nicht oder nicht deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die in den innerstädtischen Armutsgebieten ausgeprägte lokale Wirtschaft stabilisierend wirkt, indem sie formelle und informelle Beschäftigungsmöglichkeiten für Bevölkerungsgruppen bietet, die aufgrund einer eher niedrigen beruflichen Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Dies steht im Gegensatz zur Ausbildung von „Armutsghettos“, wie sie in den USA zu beobachten ist, und damit zur These einer „Amerikanisierung“ städtischer Strukturen.

Die Ursache der wachsenden Armut ist vor allem in der Arbeitsmarktentwicklung zu sehen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass in Stuttgart das Produzierende Gewerbe nach wie vor eine vergleichsweise große Bedeutung hat. Der Anteil niedrig Qualifizierter liegt zwar insgesamt im Bereich des Durchschnitts, aber durch den größeren Anteil im Produzierenden Gewerbe sind diese tendenziell stärker vom Wegfall von Arbeitsplätzen im un- und angelernten Bereich bedroht, wovon in besonderem Maße Frauen sowie Migranten betroffen sind. In der Region Stuttgart

sind ausländische Beschäftigte, insbesondere aus den ehemaligen Anwerbeländern, immer noch zu einem erheblichen Teil im un- und angelernten Bereich und im Produzierenden Gewerbe konzentriert. Bender u. Seifert (1998) zeigen, dass in der Vergangenheit ausländische Arbeitskräfte nur in geringem Maße in Facharbeiterpositionen vorgezogen sind, und stellen angesichts des zunehmenden Abbaus der traditionellen Arbeitsbereiche ausländischer Arbeitnehmer eine eher negativ ausfallende Prognose für die künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten niedrigqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte.

Diese Feststellung gewinnt an Brisanz, wenn man berücksichtigt, dass die Zahl nicht-deutscher Auszubildender in Baden-Württemberg seit 1994 rückläufig ist, während die Zahl deutscher Auszubildender seit 1997 wieder zunimmt. Zwar streben immer mehr ausländische Jugendliche eine höhere Ausbildung an; dies kompensiert jedoch nicht den Rückgang bei der dualen Ausbildung. Es handelt sich um einen Trend, der in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch auf Bundesebene festgestellt wurde. Die Gründe für die Trendumkehr bei der aufholenden Bildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher liegen in den schlechteren Chancen auf dem Lehrstellenmarkt, bedingt durch oft mangelnde Deutschkenntnisse sowie häufig schlechtere Schulabschlüsse; der Trend ist möglicherweise auch ein Hinweis auf Resignation und Rückzug.

Im Hinblick auf die Verschärfung sozialräumlicher Disparitäten in Großstädten sind in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung verschiedene Typologien entwickelt worden, die die Teilung der großstädtischen Bevölkerung in marginalisierte Gruppen und „Gewinner“ der ökonomischen Umstrukturierungsprozesse thematisieren. So sehen z.B. Häußermann u. Siebel (1995) für die Bundesrepublik eine Entwicklung hin zur dreigeteilten Stadt: „die Stadt der international wettbewerbsfähigen Unternehmen und ihrer hochqualifizierten Beschäftigten, die Stadt (...) der integrierten deutschen Mittelschicht und (...) die Stadt der aus dem Arbeitsmarkt und damit zunehmend auch aus anderen sozialen Zusammenhängen Ausgegrenzten, der Arbeitslosen und der Armen.“ Es wird dabei angenommen, dass in Zukunft wachsende Teile der städtischen Bevölkerung nicht mehr durch die lokalen Arbeits- und Wohnungsmärkte versorgt werden können.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die zunehmende soziale Polarisierung in Großstädten sowie um die Entwicklung städtischer Arbeitsmärkte und die Arbeitsmarktintegration von Migranten wurden ein Negativszenario der „Hochsegregierten, ethnisch und sozial polarisierten StadtRegion“ und ein Positivszenario zur „Ethnisch und sozial integrierten StadtRegion“ formuliert: Das Negativszenario geht u.a. von einem Versagen des Bildungssystems, vor allem zu Lasten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber auch zu Lasten von deutschen Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien, und einer dadurch steigenden Arbeitslosigkeit und Armut aus. Es kommt zu einer starken sozialen Segregation mit einer Konzentration von sozial Benachteiligten in Vierteln, die von wachsender sozialer Desintegration geprägt sind, und zu einer zunehmenden Resignation und Abschottung derjenigen Migranten, die zu den Verlierern der ökonomischen Umstrukturierung gehören. Das Positivszenario ist dagegen durch die allgemeine Verbesserung des Bildungsniveaus und die erfolgreiche Bildungsintegration von Kindern und Jugendlichen aus zugewanderten Familien, den Rückgang einer unfreiwilligen sozialen Segregation und das Vorhandensein ethnisch geprägter Viertel gekennzeichnet, die u.a. durch ein auf die Bedürfnisse von Migranten abgestimmtes Bildungssystem über offene „Ausgänge“ verfügen.

## 2.3 Akteurs- und handlungszentrierte Analyse und dialogorientierte Entwicklung von Zukunftsperspektiven und Leitvorstellungen in den ausgewählten Teilräumen

### 2.3.1 Teilräume und Zielgruppen

Die akteurszentrierte Analyse wurde in den Teilräumen Bad Cannstatt und Wangen durchgeführt. Bad Cannstatt, das aufgrund seiner sozialräumlichen Dynamik als Beispielraum für den inhaltlichen Schwerpunkt „Migration und soziale Segregation“ gewählt wurde, wird auch in Zukunft aller Voraussicht nach von einem zunehmenden Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung geprägt sein (vgl. Abb. 22). Dabei spielen neben dem Vorhandensein preisgünstigen Wohnraums vor allem auch soziale Netzwerke und Kettenmigration eine Rolle. Bad Cannstatt ist zugleich einer der Stadtbezirke, in denen eine räumliche Ballung mehrerer Stadtviertel mit – im Vergleich zur Gesamtstadt – überdurchschnittlicher Sozialhilfedichte zu beobachten ist (vgl. 2.2.3).

Als Zielgruppen wurden in Bad Cannstatt Jugendliche mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen Hallschlag und Neckarvorstadt sowie Migrantinnen in den Stadtvierteln Hallschlag, Neckarvorstadt, Seelberg, Veielbrunnen und Bad Cannstatt-Mitte ausgewählt:

- Jugendlichen kommt im Hinblick auf die Zukunft und die Langfristperspektive 2030 grundsätzlich besondere Bedeutung zu. Dabei wird Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die derzeit immer noch durch eine geringere Bildungsbeteiligung und damit durch eingeschränkte Chancen einer Integration in den Arbeitsmarkt gekennzeichnet sind, besonderes Augenmerk gewidmet.
- Die Rolle von Frauen im Migrations- und Integrationsprozeß und damit eine geschlechtsspezifische Perspektive wird immer noch häufig vernachlässigt. Migrantinnen, worunter hier ausländische Frauen und deutsche Frauen mit Migrationshintergrund zusammengefasst werden, spielen jedoch u.a. durch ihre Familien- und Erziehungsarbeit eine sehr wichtige Rolle

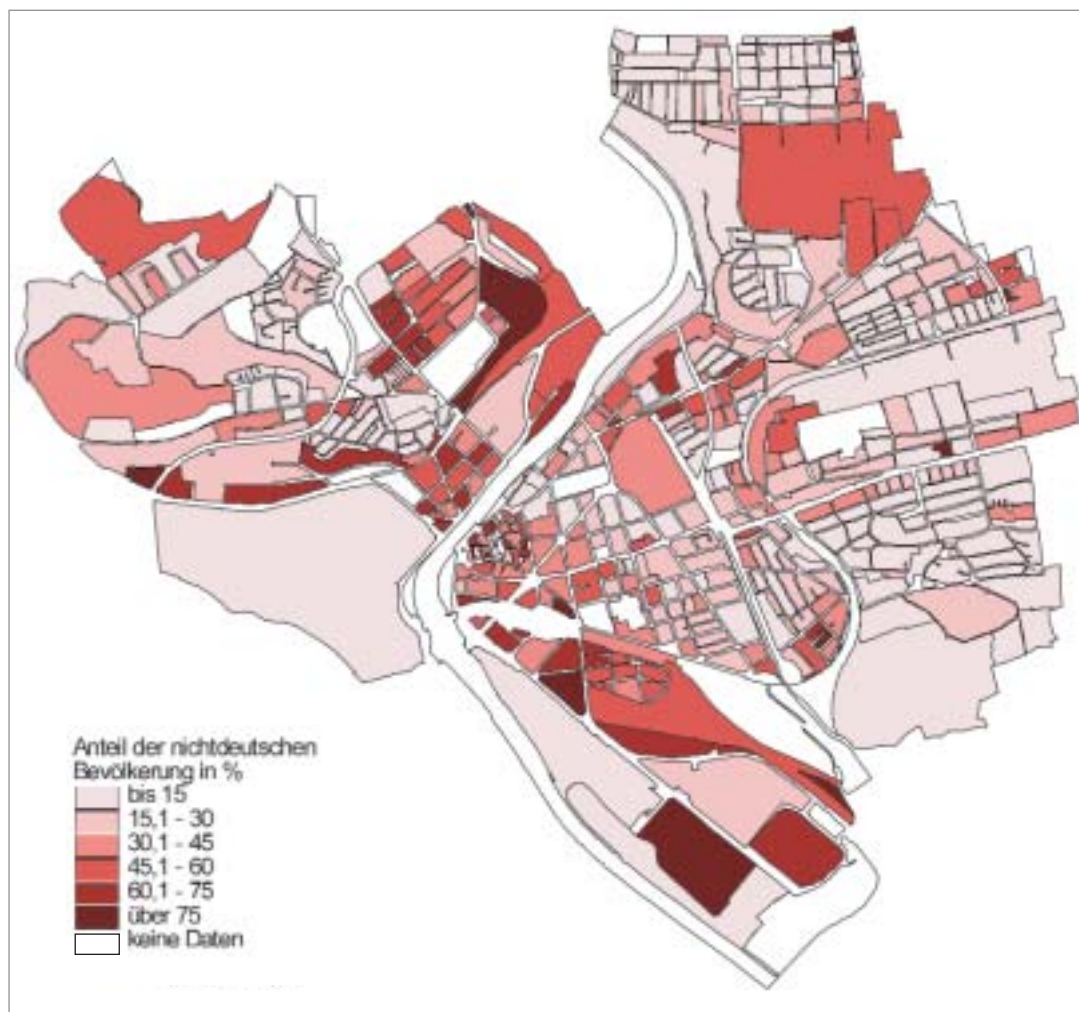


ABB. 22: ANTEIL DER NICHTDEUTSCHEN BEVÖLKERUNG AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG NACH BAUBLÖCKEN IN BAD CANNSTATT 2001 (DATENQUELLE: LANDESHAUPTSTADT STUTT GART, STATISTISCHES AMT)

im Integrationsprozess der gesamten Familie. Durch ihren Status als Frau und Ausländerin sind sie außerdem auf dem Arbeitsmarkt einer doppelten Benachteiligung ausgesetzt. Die Interviews beschränkten sich auf türkische und türkischstämmige Frauen, so dass hier nur ein Ausschnitt der vielfältigen Lebenskontexte von Migrantinnen berücksichtigt werden kann.

Die beiden Zielgruppen wurden in leitfadengestützten qualitativen Interviews zu ihrem Alltagshandeln und zu ihrem aktionsräumlichen Verhalten befragt. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie die Akteure ihr Stadtviertel wahrnehmen, wie

sich der Sozialraum auf das aktionsräumliche Handeln auswirkt und inwiefern Defizite der sozialen und sozialräumlichen Integration<sup>2)</sup> bestehen. Anschließend wurde jeweils ein Expertenworkshop durchgeführt, mit dem Ziel, Zukunftsperspektiven zu entwickeln und Handlungsbedarf zu diskutieren.

Der Stadtteil Wangen wurde exemplarisch für das Themenfeld der demographischen Alterung herangezogen. Derzeit lässt sich in Wangen zwar, bedingt durch seinen hohen Anteil nichtdeutscher Bevölkerung, noch keine überdurchschnittliche Alterung feststellen. In Zukunft wird jedoch, verstärkt durch die mit dem Wohnraumangebot ver-

2) Die folgenden Ausführungen orientieren sich an den von Esser (2001: 8ff.) ausgewiesenen Dimensionen kulturelle, strukturelle, interaktive und identifikative Integration, welche hier in der Synthese den Begriff der sozialen Integration bilden. Unter sozialräumlicher Integration ist dagegen die soziale Integration in lokale räumliche Bezüge gemeint. Der Sozialraum umfasst dabei mehrere räumliche Ebenen (Wohnquartier, Gesamtstadt und Region). Individuenbezogen kann die sozialräumliche Integration auf verschiedenen räumlichen Ebenen unterschiedlich stark ausgeprägt sein.

bundene Abwanderungstendenz junger Familien, voraussichtlich auch hier ein zunehmender Anteil älterer Menschen und insbesondere auch ein zunehmender Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten sein. Im Rahmen eines Workshops zum Thema „Älter werden in Wangen“ wurde gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie mit lokalen Expertinnen und Experten darüber diskutiert, wie ältere Menschen in Zukunft im Stadtteil Wangen leben werden und wie und unter welchen Leitvorstellungen der Stadtteil gestaltet werden muss, damit eine Integration älterer Menschen und ein positives Zusammenleben der Generationen und der Kulturen in Zukunft gewährleistet bleibt.

### 2.3.2 Jugendliche mit Migrationshintergrund in Hallschlag und Neckarvorstadt

#### Problemstellung

Voraussichtlich werden sich die zunehmenden sozialen Disparitäten künftig räumlich verstärkt im Stadtbild niederschlagen. So stellen z. B. Friedrichs u. Blasius (2000: 12) fest, dass in den Großstädten eine zunehmende Zahl von Wohngebieten mit einem hohen Anteil armer, d. h. auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesener Bewohner zu verzeichnen ist und dass der Anteil Armer in solchen benachteiligten Stadtvierteln wächst. Während sich Quartiere mit unproblematischen, heterogenen Sozialstrukturen und guten Wohnqualitäten positiv auf den Sozialisationsprozess von Kindern und Jugendlichen auswirken, schränken sozial benachteiligte, ethnisch geprägte und sozial homogene Stadtviertel den Sozialisationsprozess und die Entwicklungschancen von Jugendlichen stark ein (Bruhns u. Mack 2001: 9). Da Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund der ökonomischen Situation ihrer Familien häufiger in sozial benachteiligten Quartieren aufwachsen, ist ihre Sozialisation oft beeinträchtigt, was sich negativ auf ihre Integrationschancen auswirkt. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Auseinandersetzung mit sozial benachteiligten Quartieren und Jugendlichen aus zugewanderten Familien zunehmend an Bedeutung.

Zur Untersuchung der sozialen und sozialräumlichen Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Hallschlag und Neckarvorstadt und deren Sicht auf ihren Stadtteil wurden fünf-

zehn qualitative Interviews mit Angehörigen dieser Zielgruppe geführt.

#### Ausgangsbedingungen

Die Auswirkungen sozial benachteiligter Wohnquartiere auf die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen und damit auf deren soziale und sozialräumliche Integration lassen sich nach Häußermann (2001: 45) drei Bereichen zuordnen, die sich gegenseitig bedingen und beeinflussen: Sozial benachteiligte Stadtquartiere weisen relativ hohe Anteile an bildungsfernen Bewohnern mit devianten Verhaltensweisen und Normen auf. Dieses soziale Umfeld prägt Kinder und Jugendliche in ihrer Sozialisation. Interaktion und Beobachtung des Verhaltens Anderer sowie fehlende Vergleichsmöglichkeiten infolge kleiner Aktionsräume und homogener sozialer Netzwerke führen zur Übernahme der Verhaltensweisen und Normen durch die Bewohner des Quartiers (Friedrichs u. Blasius 2000: 23). Die räumliche Konzentration nichtdeutscher Jugendlicher sowie Jugendlicher aus bildungsfernen, sozial schwachen Schichten führt zu einer geringeren Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung dieser Jugendlichen. Bei nichtdeutschen Jugendlichen, die aufgrund der Beschulung in einer Fremdsprache doppelt benachteiligt sind, kumulieren sich migrations- und schichtenspezifische Defizite (Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 174). Ein zweiter Effekt des Quartiers auf seine Bewohner stellt das aufgrund des abweichenden Verhaltens entstehende negative Image dar. Stigmatisierung, geringe Anerkennung, Ausgrenzung und Diskriminierung durch die übrigen Bewohner der Stadt kann bei ausländischen Jugendlichen zum Rückzug in die eigene Ethnie und das eigene Stadtviertel führen (Hanhöster 2001: 4). Ferner zeichnen sich benachteiligte Quartiere durch eine materielle Ausstattung aus, welche die Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten der Jugendlichen einschränken. Beengte Wohnverhältnisse und fehlende Rückzugsmöglichkeiten innerhalb des Wohnbereichs sowie Nutzungskonflikte mit anderen Haushaltsmitgliedern führen neben fehlenden Möglichkeiten, institutionalisierte kommerzielle Freizeitangebote wahrzunehmen, zu einem Ausweichen der Jugendlichen in den öffentlichen Raum. Sie sind auf den Außenraum als Ort, an dem Freizeit verbracht wird, angewiesen (Hanhöster 2001: 5). Als Folge



des Rückzugs in das Stadtviertel und des spezifischen Freizeitverhaltens Jugendlicher in sozial benachteiligten Stadtvierteln, welches gekennzeichnet ist durch relativ kleine Aktionsräume und relativ starke Personenorientierung, identifizieren sich die Jugendlichen stark mit ihrem Quartier. Die Kumulation dieser Effekte führt zu einer erheblichen Verringerung der Integrationschancen bei nichtdeutschen Jugendlichen aus sozial benachteiligten Wohnquartieren.

#### Ergebnisse der Interviews

Die soziale und sozialräumliche Integration der befragten fünfzehn Jugendlichen aus den Stadtteilen Hallschlag und Neckarvorstadt ist als stark defizitär zu charakterisieren: Zwar haben die befragten Jugendlichen aufgrund ihres Freizeitverhaltens relativ viele, wenn auch lose Fremdkontakte, jedoch sind die sozialen Netzwerke räumlich klein und bezüglich der Netzwerkpersonen relativ homogen nichtdeutsch geprägt. Die geringe räumliche Größe der sozialen Netzwerke lässt sich dabei zum einen auf den Schultyp, das Freizeitverhalten und damit auf den Aktionsraum zurückführen. Ein weiterer Grund für die fast ausschließlich auf das eigene Stadtviertel begrenzten Netzwerke ist Stigmatisierung durch Jugendliche aus anderen Stadtvierteln und in der Folge Resignation und Rückzug der Jugendlichen in das eigene Viertel. Freundschaften mit Deutschen unterhält keiner der befragten Jugendlichen, wofür verschiedene Gründe genannt wurden: Fehlende Möglichkeiten, deutsche Jugendliche zu treffen und Freundschaften zu schließen, spielen dabei ebenso eine Rolle wie mangelnde Anerkennung und Ausgrenzung durch deutsche Jugendliche. Die befragten Jugendlichen zeichnen sich durch zum Teil schlechte Deutschkenntnisse aus und obwohl in den Familien fast ausschließlich die Muttersprache gesprochen wird, sind die muttersprachlichen Kenntnisse nach Selbsteinschätzung der Jugendlichen zumeist noch schlechter oder lediglich gleich gut wie die deutschen Sprachkenntnisse. Das Phänomen der „doppelten Halbsprachigkeit“ ist bei vielen der Jugendlichen offensichtlich. Entsprechend den mangelnden Deutschkenntnissen sind fast alle Jugendliche sehr schlecht in das deutsche Bildungssystem integriert. Da wichtige Grundlagen für eine Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft in Form von Sprachkenntnissen, sozialen

Kontakten und struktureller Integration in Bildungssystem und Arbeitsmarkt nur schwach ausgeprägt sind, kann kaum erwartet werden, dass die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft für die Jugendlichen attraktiv ist. Tatsächlich fühlen sich die meisten der interviewten Jugendlichen stärker zu ihrem „Heimatland“ hingezogen als zu Deutschland. Bei einigen Jugendlichen wird eine Zerrissenheit zwischen dem „Heimatland“ und Deutschland deutlich.

Zur defizitären sozialen Integration der Jugendlichen kommt eine ambivalente sozialräumliche Integration hinzu. Die Jugendlichen verbringen ihre Freizeit fast ausschließlich im eigenen Stadtviertel, woraus relativ kleine Aktionsräume resultieren. Die am stärksten, z.T. täglich aufgesuchten Orte sind das „Jugendhaus Hallschlag“, das Jugendhaus „Inzel“, der „Hattinger Platz“ und der „Mombach“. Einige der Jugendlichen betonen die alltägliche Monotonie ihrer Freizeitaktivitäten, die bei keinem der befragten Jugendlichen mit höherem finanziellen Aufwand verbunden und eher personen- als ziel- oder aktivitätsorientiert sind. Bei vier Mädchen weicht das Freizeitverhalten stark von dem der Jungen ab: Sie verbringen einen Großteil ihrer Freizeit zu Hause oder in den Wohnungen befreundeter Familien und passen auf jüngere Geschwister auf.

Aus der Auswertung der Interviews ergab sich, dass sich die befragten Jugendlichen keineswegs in die deutsche Gesellschaft integriert fühlen. Das Verhältnis zu deutschen Jugendlichen ist dabei nicht nur durch das Fehlen engerer Kontakte gekennzeichnet, sondern darüber hinaus auch durch ein Gefühl der Ausgrenzung. Jedoch identifizieren sich insbesondere die Jugendlichen aus dem Hallschlag stark mit ihrem Stadtteil. Der defizitären Integration in die Mehrheitsgesellschaft und räumlich in die Gesamtstadt steht eine ausgeprägte Binnenintegration innerhalb des Stadtteils und innerhalb der ethnisch definierten Netzwerke gegenüber. Trotz der Defizite im Hinblick auf die soziale und sozialräumliche Integration fühlen sich die meisten Jugendlichen alles in allem in Deutschland wohl und möchten auch in Zukunft hier leben.

Die Ergebnisse der Interviews sprechen gegen die Annahme, soziale Problemlagen wie hohe Arbeitslosigkeit, hohe Sozialhilfedichte sowie von

der Norm abweichende Verhaltensweisen wie Kriminalität, Drogenkonsum und Alkoholismus würden von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtvierteln aufgrund einer starken Binnenorientierung am Wohngebiet nicht als solche wahrgenommen werden. Insgesamt kristallisierten sich drei Themengebiete heraus, welche die Jugendlichen an ihren Stadtteilen stören: Vor allem die Älteren nennen Drogenkonsum und -handel, Kriminalität und Alkoholismus. Des weiteren kritisieren die Jugendlichen die Baustruktur, den Gebäudezustand und das Stadtbild sowie mangelnde Angebote für Jugendliche, Langeweile und Eintönigkeit des Alltags im Stadtteil. An den Wohnungen bemängeln die Jugendlichen in erster Linie deren geringe Größe und das Fehlen eines eigenen Zimmers sowie die Lärmbelastung durch

Verkehr und das enge Zusammenleben vieler Familien. Während sich die Kritik an den Stadtteilen auf strukturelle Aspekte konzentriert (z.B. Bau- und Infrastruktur), werden die positiven Aspekte der Stadtteile überwiegend in „weichen“ Faktoren gesehen: Soziale Kontakte zu Freunden und Nachbarn, zu Landsleuten und Angehörigen anderer Nationalitäten im Stadtteil sowie die Jugendsozialarbeit, insbesondere in den Jugendhäusern Hallschlag und Inzel werden aus Sicht der Jugendlichen als Stärken der Stadtteile benannt. Bis auf wenige Ausnahmen bewerten die Befragten das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Nationalitäten in den Stadtvierteln Hallschlag und Neckarvorstadt als bemerkenswert gut.

ABB. 23 UND 24:  
CHARAKTERISTISCHE  
BEBAUUNG IN HALLSCHLAG  
(OBEN) UND NECKAR-  
VORSTADT





## Ergebnisse des Expertenworkshops

Unter den Experten besteht Einigkeit darüber, dass insbesondere der schlechte Ruf des Hallschlags und der seiner Jugendlichen deren soziale Integration erschwert. Die Jugendlichen fühlen sich aufgrund der Zuordnung zu den Stadtvierteln Hallschlag und Neckarvorstadt stigmatisiert und diskriminiert, was insbesondere im Hallschlag zu einer starken Identifikation mit dem Stadtviertel bzw. der „Clique“ führt. Auch in der Sozialstruktur der Stadtviertel sehen die Experten eine Gefahr für die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft. Negative Effekte gehen dabei nach Ansicht städtischer Vertreter weniger von der Konzentration Nichtdeutscher, als vielmehr von der Konzentration sozial Schwacher aus. Ein weiteres Problem liegt nach Auffassung der Experten im Schul- und Kindergartensystem. Stark ethnisch geprägte Kindergartengruppen in den Stadtteilen und mangelhafte Kenntnisse der Erzieherinnen und Erzieher im Bereich der Spracherziehung bedingen, dass die nichtdeutschen Kinder im Kindergarten kaum Deutsch lernen. Diese Defizite können die meisten Kinder auch in der Grundschule nicht kompensieren, wodurch eine Integration in das System der weiterführenden Schulen erschwert wird.

Zu den Stärken insbesondere des Stadtviertels Hallschlag gehören nach übereinstimmender Meinung der Experten die gute Ausstattung mit sozialer Infrastruktur, deren Vernetzung sowie die zahlreichen Initiativen und das Engagement von Bürgern für dieses Stadtviertel. Dabei sei jedoch zu bedenken, dass Sozialarbeit von den Bewohnern in der Regel „konsumiert“ werde und dass sich insbesondere ausländische Mitbürger für Sozialarbeit und das soziale Leben im Stadtteil kaum engagierten. Als weitere Stärken der Stadtviertel wurden die Durchmischung der Ethnien, die gegenseitige Toleranz und gute Nachbarschaften angeführt.

Handlungsbedarf wurde von den Workshopteilnehmern insbesondere in den Bereichen Spracherziehung, Kindergarten-, Schul- und Ausbildungssystem sowie in der Förderung der Eltern gesehen. Da die strukturelle Integration über die Platzierung in Schul- und Ausbildungssystem und damit in den Arbeitsmarkt die Basis für die interaktive, kulturelle und letztlich identifikative Inte-

gration bildet, sind Investitionen in diesem Bereich von größter Wichtigkeit. Die Sprachförderung sollte bereits im Kindergarten einsetzen und auch in den Schulen in Form von zusätzlichem Deutschunterricht und von muttersprachlichem Unterricht beibehalten werden. Darüber hinaus sollten Schulen nicht nur Bildung im klassischen Sinn, sondern zugleich soziale und kulturelle Kompetenzen vermitteln, um eine kulturelle und identifikative Integration der Jugendlichen zu fördern. Ferner besteht erheblicher Handlungsbedarf beim Übergang der Jugendlichen von der Schule in die Berufsausbildung und in den ersten Arbeitsmarkt. Möglichkeiten zur Verbesserung der strukturellen Integration in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sahen die Teilnehmer in einer dauerhaften, auch individuellen Begleitung und Motivation der Jugendlichen durch Schulen und Jugendsozialarbeit über den Schulabschluss hinaus, im Knüpfen und in der Pflege von Kontakten zwischen Schulen und Sozialarbeitern auf der einen Seite und mittelständischen Betrieben und Handwerkern auf der anderen Seite, sowie in einer Ausbildungsoffensive für nichtdeutsche Jugendliche durch Bund, Länder und Gemeinden, freie Träger wie Kirchen und Institutionen wie die Industrie- und Handelskammer. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Eltern: Diese müssen in die Lage versetzt werden, ihre Kinder angemessen zu fördern, was derzeit aufgrund der Sprachdefizite, der Bildungsferne sowie aufgrund der mangelnden sozialen Integration der Eltern oft nicht möglich ist. Handlungsinstrumente sind aus Sicht der Workshopteilnehmer sprachliche Fördermaßnahmen sowohl in der deutschen als auch in der Muttersprache sowie die Unterstützung und Information der oft überforderten Eltern bei der Schul- und Berufsausbildung der Kinder über deren verstärkte Einbindung in die Schule.

### 2.3.3 Migrantinnen in Bad Cannstatt

#### Problemstellung und Ausgangsbedingungen

Bei der Untersuchung des Migrations- und Integrationsprozesses und seiner Voraussetzungen auf lokaler Ebene muss der geschlechtsspezifischen Perspektive und damit der Situation von Migrantinnen besonderes Augenmerk zukommen, da ihr Integrationspotenzial ein entscheidender Faktor im Integrationsprozeß der gesamten Fami-

lie darstellt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000: XVII). Migrantinnen sind zwar eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichsten Lebensverläufen, viele nichtdeutsche Frauen und ihre Familien sind jedoch, was ihre Etablierung auf dem Wohnungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt betrifft, strukturell benachteiligt.

Aufgrund mangelnder deutscher Sprachkenntnisse und der im Vergleich zu deutschen Frauen geringeren Bildungsbeteiligung, sowie der Versorgung überdurchschnittlich großer Haushalte finden nichtdeutsche Frauen nur erschwerten Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Ein deutlich höherer Anteil nichtdeutscher junger Frauen verbleibt ohne Berufsabschluss (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002: 190, Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 194 u. 306). Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen nichtdeutscher Herkunft überwiegend im niedrigqualifizierten Bereich mit geringer Bezahlung und geringen Aufstiegschancen, sowie häufig in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen konzentriert. Eingeschränkte Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit schlagen sich wiederum in geringen Haushaltseinkommen nieder und begrenzen die Wohnstandortwahl auf das Niedrigpreissegment des Wohnungsmarktes in oft durch Verkehr und Gewerbe beeinträchtigten Quartieren. Beengte Wohnverhältnisse und ein ungünstiges Wohnumfeld, häufig in Verbindung mit sozial benachteiligten Nachbarschaften kennzeichnen das Lebensumfeld vieler nichtdeutscher Frauen und schränken ihre Integrations- und Teilhabemöglichkeiten ein. Aus einem engen ökonomischen Spielraum resultiert eine eingeschränkte Mobilität; meist sind damit häusliche Isolation und sehr kleine Aktionsräume verbunden, wodurch nachbarschaftliche Beziehungen und binnenethnische soziale Kontakte im Stadtteil an Bedeutung gewinnen.

### Ergebnisse der Interviews

Die Ergebnisse der qualitativen Interviews mit siebzehn türkischen und türkischstämmigen Frauen belegen überwiegend eine im Hinblick auf Wohnflächenversorgung und Wohnumfeldqualität benachteiligte Wohnsituation. Eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten der Außenbereiche und fehlende soziale Einrichtungen im Stadtteil

begrenzen häufig den Aktionsraum der Frauen auf ihre eigene Wohnung oder die von Freunden und Verwandten. Nutzungskonflikte entstehen sowohl im Innenbereich durch die räumliche Enge als auch im Außenbereich durch unterschiedliche Nutzungsansprüche von Kindern und Älteren. Trotz der beengten Wohnverhältnisse und der durch die finanzielle Situation eingeschränkten Möglichkeiten der Wohnstandortwahl sind die Frauen jedoch überwiegend mit ihrer Wohnsituation zufrieden. Nachbarschaftliche Kontakte, Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen im Stadtteil, die Vertrautheit mit dem Wohnumfeld und die positive Einschätzung des fußläufigen Infrastrukturangebots spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Die befragten Frauen haben aufgrund ihres oftmals geringen Bildungshintergrunds und der geringen deutschen Sprachkenntnisse nur schwer Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Viele der Frauen sprechen trotz einer langen Aufenthaltsdauer nur wenig Deutsch. Vorteile beim Spracherwerb hatten die berufstätigen Frauen, die, wenn es Haushaltsführung und Kinderbetreuung zulassen, meist geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und niedrigqualifizierten Tätigkeiten nachgehen. Dabei ergaben sich Unterschiede zwischen erster und zweiter Migrantengeneration: Die befragten Frauen der zweiten Generation haben einen Schulabschluss oder sogar eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die erschwerte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt vermindert die Chancen einer ökonomischen Verbesserung und Stärkung ihrer gesellschaftlichen Position und führt zu unfreiwilliger sozialer Segregation in baulich und sozial benachteiligten Wohnvierteln.

Die sozialen Netzwerke der befragten Frauen sind aufgrund der auf den Stadtteil begrenzten Aktionsräume relativ klein und beschränken sich unter der Woche meist auf den Stadtteil selbst. Die Frauen halten sich ihrer Aussage nach überwiegend zu Hause oder in ihrem Stadtteil bei Freundinnen oder Verwandten auf. Dies wird begründet mit den nur kleinen Zeitfenstern zwischen Haushaltsbewältigung, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit. Am Wochenende vergrößert sich ihr Aktionsradius durch die Möglichkeit, einen PKW zu nutzen, etwa um in türkischen Läden oder einem Großmarkt einzukaufen, weiter



entfernt wohnende Verwandte oder die Moschee zu besuchen.

Die sozialen Beziehungen der Befragten sind überwiegend durch Angehörige der eigenen Ethnie geprägt, die meisten im Rahmen von Verwandtschaftsverhältnissen. Gründe dafür liegen im Bedeutungsgewinn familiärer Beziehungen durch die Migration, in der geringen Mobilität, aber auch in mangelnden deutschen Sprachkenntnissen. Wenn es zu „außerethnischen“ Freundschaften kommt, dann zu anderen ausländischen Frauen aus der Nachbarschaft. Bei den meisten Frauen bestehen keine näheren Kontakte zu deutschen Frauen ihres Alters, obwohl die Befragten den Wunsch danach äußerten. Den Müttern wäre daran gelegen, dass ihre Kinder durch den Umgang mit deutschen Kindern leichter die deutsche Sprache lernen, aber es gelingt nur selten, entsprechende Kontakte aufzubauen.

Zur Identifikation mit dem Herkunfts- bzw. dem Gastland gab es sehr unterschiedliche Bewertungen, die weniger von der Aufenthaltsdauer als von der individuellen Lebenssituation und -erfahrung abhängen. Die meisten der nichtdeutschen Frauen haben Einbürgerungsabsichten, denen derzeit noch ihre geringen Deutschkenntnisse entgegenstehen. Mit dem Heimatland besteht oftmals noch eine emotionale Verbundenheit, während der zukünftige Lebensschwerpunkt aufgrund der langen Aufenthaltsdauer und der Bleibeabsicht der Kinder in Deutschland liegen wird. Eine emotionale Verbundenheit zur Türkei besteht selbst bei nicht in der Türkei geborenen Frauen, die eine innere Zerrissenheit beschreiben und trotz deutscher Staatsangehörigkeit eine mangelnde Anerkennung durch die deutsche Gesellschaft empfinden.

#### Ergebnisse des Workshops

Als wichtigstes Erfordernis für die Zukunft wurden strukturelle Veränderungen und die Herstellung von Chancengleichheit in den Bereichen Bildung und Qualifizierung genannt. Von besonders großer Bedeutung sind dabei Sprachlern- und Ausbildungsangebote im Nahbereich (Stadtteil), welche den geringen Bildungshintergrund der Frauen berücksichtigen (z.B. Qualifizierung in haushaltsnahen Tätigkeiten und Pflege) und eine Vereinbarkeit mit der Kinderbetreuung ermöglichen.

Um die häusliche Isolation nichtdeutscher Frauen zu verringern, ist es außerdem notwendig, Möglichkeiten der Begegnung und Kommunikation zu schaffen. Die Einrichtung von Frauenräumen außerhalb des Wohnbereichs kann soziale Kontakte sowohl zu Frauen der gleichen Ethnie als auch zu Frauen anderer Nationalitäten fördern. Diese Maßnahme sollte mit der Bereitstellung eines (muttersprachlichen) Informations- und Freizeitangebots verbunden sein, in welches nichtdeutsche Frauen ehrenamtlich stärker eingebunden werden sollen, um Multiplikatoreffekte zu erzielen. Begleitend hierzu ist eine stärkere Vernetzung von Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Kirchengemeinden und Vereine und eine konzeptionelle Neuorientierung der schulischen Ausbildung, die eine stärkere Einbindung von Eltern umfasst, erforderlich. Eine Förderung interkultureller Kompetenzen in diesen Bereichen wie auch in der Verwaltung, sowie die dadurch erweiterte gesellschaftliche Teilhabe trägt auch zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Wahrnehmung nichtdeutscher Frauen und zu deren Identitätsbildung bei. Darüber hinaus wurde die Verbesserung der Wohnumfeldbedingungen und die Aufwertung der Bausubstanz als notwendiges Handlungsfeld herausgestellt, wobei der Partizipation nichtdeutscher Frauen größere Bedeutung zukommen muss.

#### 2.3.3 Ältere Menschen in Wangen

##### Problemstellung

Um die Probleme und Chancen, die auf teilsräumlicher Ebene mit der demographischen Alterung verbunden sind, zu untersuchen und handlungsorientierte Leitlinien für eine zukünftige Entwicklung zu erarbeiten, wurde der Stadtteil Wangen ausgewählt. Charakteristisch für Wangen ist die Lage im industriell geprägten Neckartal. Trotz seiner geringen Größe ist innerhalb des Stadtteils eine ausgeprägte sozialräumliche Differenzierung festzustellen, die sich im Gegensatz zwischen altem Ortskern und jüngeren Ein- und Zweifamilienhausgebieten am Talhang (höhere Anteile älterer Menschen und niedrigere Anteile nichtdeutscher Einwohner) einerseits und den gründerzeitlichen und jüngeren Erweiterungsgebieten zum Neckar und zur Bundesstraße hin (höhere Anteile nichtdeutscher Einwohner und relativ junge Bevölkerung) andererseits ausdrückt (Abb. 25).



Abb. 25:  
ANTEIL DER 65-JÄHRIGEN  
UND ÄLTEREN AN DER  
GESAMTBEVÖLKERUNG  
NACH BAUBLÖCKEN IN  
WANGEN 2001  
(DATENQUELLE: LANDES-  
HAUPTSTADT STUTTGART,  
STATISTISCHES AMT)

Nach Norden und Osten schließen sich entlang des Neckars ausgedehnte Gewerbeflächen an.

Im Vorfeld des Workshops wurden neben Gesprächen mit lokalen Experten qualitative Interviews mit Stadtteilbewohner zwischen 40 und 59 Jahren durchgeführt, um Informationen über die Erwartungen zur eigenen Lebenssituation im Ruhestand und die damit verbundene persönliche Sicht auf den Stadtteil zu erhalten. Im Rahmen des Workshops, der sich zu etwa je einem Drittel aus interessierten Bürgerinnen und Bürgern deutscher, türkischer und griechischer Herkunft, ehrenamtlich Engagierten sowie aus lokalen Expertinnen und Experten aus den Bereichen Altenhilfe, Gesundheitswesen, Kirche, Kommunalpolitik und Gewerbeverein zusammensetzte, wurden schließlich Zukunftsperspektiven und Leitvorstellungen im Hinblick auf die Integration älterer Menschen und das Zusammenleben der Generationen und Kulturen erarbeitet.

#### Ausgangsbedingungen

Das Alter ist ein sozial definierter, in zwei Phasen gegliederter Lebensabschnitt. Mit fortschreitender Alterung der Gesellschaft wächst einerseits die

Gruppe der mobilen, aktiven, vielseitig interessierten Alten im Alter von 60 bis 70 Jahren, in der ein großes Potential z.B. für ein bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement, vermutet wird (vgl. Kohli 1993: 31). Andererseits wächst auch die Gruppe der Hochaltrigen, die in weit stärkerem Maße auf Hilfe und Pflegeleistungen angewiesen sind. Der zukünftige Anstieg der Pflegebedürftigkeit wird insbesondere auch dadurch beeinflusst, dass chronische und demenzielle Erkrankungen mit dem Ansteigen der Lebenserwartung zunehmen werden. Da zukünftig ältere Menschen vermutlich über ein geringeres familiales Unterstützungspotenzial verfügen werden (vgl. Künemund u. Hollstein 2000: 212), kommt im Hinblick auf die Aufrechterhaltung einer möglichst lange dauernden selbständigen Lebensweise im Alter dem räumlichen und sozialen Umfeld eine wesentliche Bedeutung zu. Ältere Migranten, bei denen im Alter oft eine Verdichtung von Problemlagen auftritt, verfügen über ein deutlich geringeres Aktivitätspotenzial als deutsche Senioren. Das Älterwerden geht für sie häufiger mit einem Rückzug in die ethnisch geprägten Netzwerke einher.

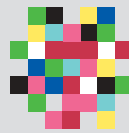


ABB. 26:  
BEFÜRCHTUNGEN UND  
SORGEN DER WORKSHOP-  
TEILNEHMERINNEN ZUM  
ÄLTERWERDEN IN WANGEN

### Ergebnisse des Workshops

Der Workshop „Älter werden in Wangen“ wurde in Form einer Zukunftswerkstatt durchgeführt: Im Rahmen einer Kritikphase wurden zunächst Befürchtungen und problematische Aspekte gesammelt, die mit der Vorstellung, in Wangen älter zu werden, verbunden werden (Abb. 26). In einer anschließenden „Phantasiephase“, die dazu dienen sollte, die vielfältigen Belange des Älterwerdens im Quartier kreativ und visionär darzustellen, wurden übergreifende Leitvorstellungen formuliert, die Politik, Verwaltung und Bürgerschaft als „Richtschnur“ dienen sollten. Darüber hinaus wurde ein Stadtteilplan erstellt, in dem die Belange des Älterwerdens räumlich verortet wurden, und Projektvorschläge entwickelt, die das zukünftige Zusammenleben der Generationen und Kulturen fördern sollen. In der Realisierungsphase wurde schließlich der Versuch unternommen, das Handlungspotenzial abzuschätzen. Die zahlreichen Ergebnisse des Workshops können hier nur stark verkürzt wiedergegeben werden:

- Das Vertrauen in die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Menschen sollte gefördert werden, so dass es zu einer stärkeren Nachfrage nach durch ältere Menschen erbrachten Leistungen kommt. Ältere Menschen sollten aber auch stärker „in die Pflicht genommen“ und für bürgerschaftliches Engagement motiviert werden. Das Zusammenleben der Generationen sollte durch zahlreiche Orte und Projekte der Begegnung gefördert werden; eine wichtige Rolle könnten hierbei die Schulen einnehmen. Zugleich sollte in allen Belangen auf Ausgewogenheit zwischen den Generationen geachtet werden, um eine „Gerontokratie“ zu verhindern.
- Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um die Belange von Senioren und Seniorinnen mit Migrationshintergrund stärker zu berücksichtigen. Vorgeschlagen wurde z.B. die Einrichtung von zweisprachigen „interkulturellen Vermittlern“, die als Ansprechpartner dienen, im Gespräch mit den Menschen den lokalen Bedarf ermitteln und auf Angebote hinweisen.

- Die Segregation der Altersgruppen sollte durch Schaffung eines familienfreundlichen Wohnungsangebots und durch die Verbesserung der Wohnumfeldqualität (z.B. Verkehrsberuhigung, Grünflächen) verhindert werden; dieser Aspekt sollte insbesondere bei der Umwandlung und Neunutzung von gewerblich genutzten Flächen (z.B. Neckarhafen) berücksichtigt werden.
- Da die wohnortnahe Grundversorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist, muss in Anbetracht der oft eingeschränkten Aktionsräume älterer Menschen eine ausreichende Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs in Wohnumfeldnähe gefördert werden, zugleich müssen Mobilitätsbarrieren im Stadtraum abgebaut werden.
- In Anbetracht der zunehmenden Zahl kinderloser Rentner gewinnt der Erhalt grundlegender persönlicher Kontaktstrukturen auf lokaler Ebene (z.B. Hausärzte, Besuchsdienste) eine noch größere Bedeutung, um eine Vereinsamung von älteren Menschen zu verhindern. Befürchtet wird jedoch eine in Zukunft zunehmende Zentralisierung der gesundheitlichen Versorgung (z.B. in Kliniken). Insbesondere für Demenzzranke muss das lokale Betreuungsangebot verbessert werden.
- Bei der Gestaltung sozialer Netzwerke zur Betreuung und Versorgung hilfebedürftiger älterer Menschen muss in Zukunft das ehrenamtliche Engagement einen höheren Stellenwert erhalten. Hierfür ist unbedingt eine gesellschaftliche Aufwertung des Ehrenamtes (z.B. durch Schulung und Betreuung ehrenamtlich Tätiger) erforderlich. Gleichzeitig muss jedoch eine öffentliche Grundversorgung gesichert werden.

## 2.4 Beitrag zu einem handlungsorientierten Leitbild

### ■ Leitlinien regional

Durch ihre politische Verfasstheit, ihre raumstrukturellen Eigenschaften und ihre dynamische wirtschaftliche Entwicklung besitzt die StadtRegion Stuttgart günstige Voraussetzungen, um flexibel auf die Bedürfnisse einer sozial und kulturell pluraler werdenden Gesellschaft reagieren zu können

und um damit sozialen und räumlichen Fragmentierungen entgegenzuwirken. Um in einem schärfer werdenden interregionalen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen zu können, ist es erforderlich, den demographischen und sozialen Wandel und seine wirtschaftlichen und gesellschaftlich-institutionellen Implikationen mit Hilfe langfristig angelegter Konzepte und Strategien zu gestalten. Folgende Aspekte sind dabei im Hinblick auf Migration und Integration und auf die demographische Alterung von wesentlicher Bedeutung:

### Migration und Integration

- Stärkung der emotionalen Akzeptanz der deutschen Bevölkerung gegenüber Zuwanderung
- Stärkung interkultureller Kompetenzen durch die Förderung der Austausch- und Verständigungsprozesse zwischen Bürgern unterschiedlicher kultureller Identität und durch die Etablierung von Integration als Querschnittsaufgabe in allen politischen, wirtschaftlichen und planerischen Bereichen
- Steigerung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zugunsten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Stuttgarter Integrationspolitik dokumentiert bereits „Ein Bündnis für Integration“ (Landeshauptstadt Stuttgart 2001) und bietet mit dem Verständnis von Integration als „wechselseitiger Prozess, der Befähigung (Sprache, Verständigung) und Bereitschaft (Motivation, Dialog)“ voraussetzt und der in seinen ökonomischen und sozialen Aspekten die Chancengleichheit in Beruf, Bildung, Wohn- und Freizeitangebot impliziert, eine wichtige Grundlage für alle zukünftigen Bemühungen.

### Demografische Alterung

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um die Erwerbsarbeit zu fördern und dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken
- Förderung der Integration älterer Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt durch verbesserte Weiterbildungsangebote
- Orientierung der Planung an einem Zusammenleben der Generationen (Wohnraum, Infrastruktur und dezentrales Pflegeangebot), um



einer demographischen Segregation entgegenzuwirken

- Stärkung neuer sozialer Netzwerke zur Betreuung älterer Menschen und gesellschaftliche Aufwertung des Ehrenamtes bei gleichzeitiger Sicherung einer institutionellen Grundversorgung

#### ■ Leitlinien lokal

##### Migration und Integration

- Eine ethnische und soziale Durchmischung in den Stadtvierteln ist wünschenswert. Freiwillige Segregation sollte jedoch toleriert, unfreiwillige Segregation dagegen abgebaut werden. Erforderlich ist deshalb eine Neuorientierung der Belegungspolitik im sozialen Wohnungsbau und die Sicherung eines ausreichenden Angebots an preisgünstigem Wohnraum. Im Mittelpunkt der kommunalen und regionalen Integrationspolitik sollte die Ausbildungsförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stehen, da die ethnische und soziale Segregation in Kindergärten und Schulen in entscheidendem Maße Teilhabe und Chancengleichheit beeinflusst.
- Einführung ganzheitlicher Konzepte für Schulen und Kindergärten als Kristallisationspunkte für Bildung, Integration und soziales Engagement sowie stärkere Einbindung nichtdeutscher Eltern an Schulen und Kindergärten und Erweiterung des klassischen Bildungsauftrags auf ein ganztägiges schulisches Bildungs- und Freizeitangebot in Kooperation mit anderen, lokal agierenden Trägern (z.B. Vereine, Volkshochschule)
- Förderung stadtteilorientierter Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Erwachsene, insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund
- städtebauliche Aufwertung sozial benachteiligter Stadtviertel und Unterstützung der lokalen Ökonomien
- Förderung des gemeinschaftlichen öffentlichen Lebens und interkultureller Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil mit dem Ziel der Stärkung von Identifikation und Partizipation

##### Demographische Alterung

- Förderung des Vertrauens in die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Menschen und Aktivierung Älterer zu bürgerschaftlichem Engagement
- Stärkere Berücksichtigung der Belange von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund
- Förderung einer weitgehend unabhängigen Lebensführung im Alter durch den Erhalt des Nahversorgungsangebots und grundlegender persönlicher Kontaktstrukturen auf lokaler Ebene
- Verhinderung der Segregation von Altersgruppen durch die Förderung eines mehrgenerationenverträglichen Wohnungsangebotes und Wohnumfelds

Um den regionalen und lokalen Handlungsspielraum im Hinblick auf die oben formulierten Leitlinien auszugestalten, bedarf es einer Kooperation aller regionalen und lokalen Akteure und einer optimierten institutionellen Organisation. Aufgrund der besonderen Bedeutung des zukünftigen demographischen und sozialen Wandels ist eine Sensibilisierung von Bevölkerung, Verwaltung und Politik sowie von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen von großer Wichtigkeit.